:antifaschistische nachrichten **Nr. 13**

g 3336 23.6.2016 32. jahrg./issn 0945-3946 1,50 €

www.antifaschistische-nachrichten.de

Heimlichkeit, Verharmlosung und Lügen

Präsentation des Grundrechte-Reports 2016

Unter Mitwirkung von • Ilija Trojanow, Schriftsteller (u.a. „Angriff auf die Freiheit. Sicherheitswahn, Überwachungsstaat und der Abbau bürgerlicher Rechte", mit Juli Zeh) • Hermann Theisen, Betroffener von rechtswidriger Briefbeschlagnahme • sowie für die Herausgeber/innen Till Müller-Heidelberg und Martin Heiming



„Hand in Hand gegen Rassismus", Berlin 2016

Am 15.6.2016 wurde der Grundrechte-Report 2016 von Ilija Trojanow in Karlsruhe der Öffentlichkeit präsentiert. Der von acht namhaften Bürgerrechtsorganisationen herausgegebene Report zieht eine kritische Bilanz zum Umgang mit den Bürger- und Menschenrechten in Deutschland im Berichtsjahr 2015.

Ilija Trojanow erklärte anlässlich der Präsentation des Grundrechte-Reports: „Die Lage der Grundrechte ist der wichtigste Seismograph für die Haltung von Staat und Gesellschaft zu Freiheit und Würde der Menschen. Die scheinbar in Stein gemeißelten Grundrechte müssen täglich neu erkämpft und verteidigt werden."

Der Grundrechte-Report 2016 ist der 20. und dieses kleine ‚Jubiläum' war Anlass für die Redaktion, nicht nur das Vorwort des allerersten Reports von 1997 voranzustellen, sondern auch in drei einleitenden Artikeln einen Rückblick auf die letzten 20 Jahre zu geben. So ruft Martin Kutscha in seinem Beitrag in Erinnerung, dass die aktuelle Festlegung sicherer Herkunftsstaaten im Flüchtlingsrecht zurückgeht auf die Amputation des Asylgrundrechts vor gut 20 Jahren; zum Stichwort Sicherheitswahn zeichnet er einen anderen ‚Fortschritt' nach: „vom singulären Lauschangriff zur elektronischen Massenüberwachung". Dies beinhaltet, wie der Mitherausgeber Rolf Gössner in seinem Beitrag vertieft, durchaus auch Wirtschafts- und Regierungsspionage: „Ausspähen unter Freunden – geht doch!" Hilfreich sind dabei die vielen fleißigen Mitarbeiter namens Selektoren, wie wir jüngst lernen konnten, die allerdings bereits vor 20 Jahren im Dienst waren. Ebenfalls von Heimlichkeit, Verharmlosung und Lügen gekennzeichnet ist die Atommüllpolitik der jüngeren Vergangenheit, die Ulrike Donat dekonstruiert und kommentiert: „Eine ernsthaft demokratische Atommüllpolitik würde gescheiterte Konzepte beerdigen", z.B. die „Chimäre Gorleben" als Endlagerstandort.

Ein Schwerpunkt im eigentlichen ‚Berichtsteil' ist – natürlich – erneut der Umgang mit Flüchtlingen. Dabei lautet die Übersetzung von liberté, égalité und fraternité aktuell Grenzkontrollen, Stacheldrahtzäune, Kriegsschiffe (vgl. Kopp: „Schlepperbekämpfung" im zentralen Mittelmeer). Gelingt es nicht, die Flüchtlinge fernzuhalten, lautet der Dreiklang Tröglitz, Freital, Heidenau – Chiffren des

Fortsetzung Seite 2 unten →

Zank um Mohr

Aachen. Der Aachener AfD-Stadtrat Markus Mohr ist vom Landesschiedsgericht der AfD NRW aus der Partei ausgeschlossen worden. Zeitgleich war Mohr auf dem „Kyffhäuser-Treffen" von „Der Flügel" in der AfD als Moderator aufgetreten. Grund für den Ausschluss ist Mohrs Bildung einer Ratsgruppe mit dem ehemaligen Landesvize der „Bürgerbewegung pro NRW", dem Aachener Stadtrat und Polizeihauptkommissar Wolfgang Palm. Gegen den Ausschluss Mohrs gibt es „erhebliche Widerstände" im AfD-Landesverband NRW, heißt es auf der Internetseite der rassistischen „PI-News". Kritik wird vor allem an dem NRW-Landesvorsitzenden der AfD, Marcus Pretzell, geübt, der im EU-Parlament „ironischerweise gleichzeitig mit FPÖ, PVV und Front National zusammenarbeitet". Pretzell wird vorgeworfen, mögliche Konkurrenten im Vorfeld der Landtagswahl aus dem Weg räumen zu wollen. Mohr hat nun über seinen Anwalt Rechtsmittel gegen den Ausschluss beim Bundesschiedsgericht der AfD eingelegt.

hma ■

Petition gegen Aufklärung

Das Aktionsbündnis „Demo für alle" geht gegen eine bundesweite Kondom-Kampagne der „Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung" vor. Gestartet wurde eine Petition, in der Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe (CDU) – in seinen Verantwortungsbereich fällt die „Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung" – aufgefordert wird, „diese schamverletzende Kampagne unverzüglich zu beenden". Die Kampagne „Liebesleben" der „Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung" soll der Eindämmung von Aids und anderen sexuell übertragbaren Krankheiten dienen. Für das rechte Aktionsbündnis propagiert die Kampagne aber „genau das promiskuitive Verhalten, welches eine der Hauptursachen für kaputte Familienbeziehungen und sexuell übertragbare Krankheiten ist". Innerhalb von zwei Tagen fand die Petition bereits knapp 2800 Unterstützer.

hma ■

Aus dem Inhalt:

Austritt aus der CSU

David Bendels, einer der Mitbegründer der Initiative „Konservativer Aufbruch – CSU-Basisbewegung für Werte und Freiheit“, ist aus der CSU ausgetreten. Zuvor hatte ihm die CSU-Führung untersagt, auf einer Veranstaltung der AfD aufzutreten. Bendels kritisierte den Umgang der Parteiführung mit der AfD als „undemokratisch“. Er wolle sich zunächst von jedweder parteipolitischer Betätigung zurückziehen, erklärte Bendels. Die verbliebenen Sprecher des „Konservativen Aufbruchs“ gaben bekannt, die Positionen der Initiative weiterhin zu vertreten. „Notfalls auch gegen die offizielle Parteilinie“. *hma – „JF“ 24-2016* ■

Demo in Eschede gegen Neonazi-Sonnwendfeier

Seit den 1990er Jahren finden auf dem Hof des Bauern Nahtz Nazitreffen statt. Immer wieder werden unter dem Deckmantel der Brauchtumsfeiern, wie Sonnwendfeiern und Erntedankfeiern Nazis aus der Region und darüber hinaus aufgerufen, nach Eschede zu kommen. Das ist schon fürchterlich genug, denn diese Treffen dienen den Nazis nicht nur als Vergnügungsveranstaltung. Bei den gemeinsamen Feiern werden Kontakte geknüpft und gepflegt. Das gemeinsame, rassistische Weltbild wird zelebriert, sodass die Nazis vom Hof ziehen, „auf zu neuen, menschenverachtenden Taten.“ Deshalb ist es wichtig, wachsam zu bleiben und nicht aufzuhören, den Neonazis die Stirn zu bieten. Nur dort, wo Nazis ihre Ruhe haben, machen sie sich breit – wohl auch in der Annahme, dass das Dulden ihres Denkens und Handelns von der Mehrheitsgesellschaft eine Akzeptanz bedeutet. Lasst uns den Nazis gemeinsam zeigen, dass sie sich irren – kommt zur Demonstration am 18.06.2016 in Eschede.

Quelle: www.netzwerk-südheide.de 10.06.2016 ■

Zahl untergetauchter Rechtsextremer gestiegen

Nach Auskunft der Bundesregierung ist die Zahl der untergetauchten Neonazis innerhalb der vergangenen sechs Monate um knapp 20 Prozent angestiegen.

Die Zahl der untergetauchten Rechtsextremisten in Deutschland ist in den vergangenen Monaten weiter gestiegen. Derzeit würden 441 Neonazis mit offenen Haftbefehlen von den Sicherheitsbehörden gesucht, berichtet die tageszeitung unter Berufung auf eine Antwort des Bundesinnenministeriums auf eine Anfrage der Linksfraktion.

Stichtag war der 22. März 2016. Noch ein halbes Jahr zuvor lag die Zahl flüchtiger Rechtsextremisten bei 372. Sie würden wegen Straftaten wie Nötigung, Diebstahl oder Betrug gesucht, einige auch wegen Waffendelikten oder schweren Raubs. Ein Rechtsextremist wird dem Bericht zufolge wegen Mordverdachts gesucht.

Knapp ein Drittel (136) der Haftbefehle gegen Rechtsextreme sind den Angaben zufolge bereits seit mehr als zwei Jahren offen, einer gar seit 2001. *Quelle: www.migazin.de 14.06.2016* ■

De Maizières Hilfspolizei ist Absage an bürgerfreundliches Polizeikonzept

„Der Vorstoß des Innenministers ist absolut verantwortungslos. Er ist eine Beleidigung für jeden Polizisten, der das Ideal vom Freund und Helfer ernst nimmt und dafür eine mehrjährige Ausbildung durchlaufen muss“, kritisiert die innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Ulla Jelpke den Vorschlag von Bundesinnenminister Thomas de Maizière, eine sogenannte Wachpolizei aufzubauen. Jelpke weiter: „Polizisten müssen einschätzen können, wann Grundrechtseinschränkungen gegenüber Bürgern verhältnismäßig sind. Das darf nicht einer aus dem Boden gestampften Hilfstruppe überlassen werden. Der Vorschlag des Bundesinnenministers ist praktisch eine Kampfansage an ein bürgerfreundliches Konzept von Sicherheit. Denn wer schlecht ausgebildetem Personal nach einem Schnellkurs eine Schusswaffe, Handschellen und Pfefferspray in die Hand drücken will, trägt nichts zur inneren Sicherheit bei, ganz im Gegenteil. Der Aufbau einer solchen Truppe ist die beste Gewährleistung dafür, Verrohung und Brutalisierung zu befördern – und zwar im Namen des Staates.

Es spielt keine Rolle, ob es um die Bekämpfung von Wohnungseinbrüchen oder den Schutz von Flüchtlingsunterkünften geht: Der Staat hat die Aufgabe, die Sicherheit der Einwohner durch qualifiziertes Personal zu gewährleisten. Der Vorschlag des Innenministers bedeutet faktisch eine Kapitulation des Staates vor dieser Aufgabe.“ *Ulla Jelpke, MdB* ■

Jahres 2015 für eskalierende Gewalt und rassistische Stimmungsmache gegenüber Flüchtlingen (vgl. Reinfrank: Neue Koalition des Hasses).

Der Friedensaktivist Hermann Theisen berichtete während der Präsentation des Grundrechte-Reports, wie sein politischer Kampf gegen die nuklear-militärische Teilhabe Deutschlands zu immer weiteren Gerichtsverfahren gegen ihn führt. Briefe an Ratsmitglieder wurden (rechtswidrig) beschlagnahmt, der Forderung nach öffentlicher Auseinandersetzung wird mit Strafverfahren begegnet (vgl. Steven: Briefgeheimnis und Meinungsfreiheit).

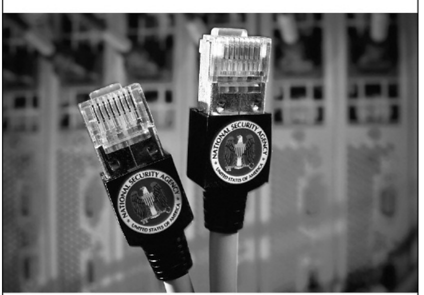
Der jährliche Report zur Lage der Bürger- und Menschenrechte in Deutschland zieht auch in seinem 20. Erscheinungsjahr mit 36 Beiträgen kritisch Bilanz zum Zustand der Grundrechte. Der bei FISCHER Taschenbuch erscheinende, 1997 erstmals veröffentlichte Grundrechte-Report beschrieb sich damals im Vorwort selbst als „alternativer Verfassungsschutzbericht“. Im Laufe der Jahre konnte er aufzeigen, dass Grundrechte am effektivsten durch ihre engagierte Wahrnehmung verteidigt werden, am wenigsten aber durch staatliche Behörden, die sich mit dem Prädikat „Verfassungsschutz“ schmücken. Nachdem beiden Geheimdiensten ein „Skandal“ den anderen ablöst, reicht es nicht mehr, ihnen jedes Mal die gelbe Karte zu zeigen, sie müssen mit Rot endlich aus dem Spiel genommen werden. Jedenfalls ist der Grundrechte-Report mittlerweile kein alternativer Verfassungsschutzbericht mehr, sondern der einzig wirkliche.

PM, 15.6.2016 ■

Grundrechte-Report 2016 – Zur Lage der Bürger- und Menschenrechte in Deutschland; Herausgeber: T. Müller-Heidelberg, E. Steven, M. Pelzer, M. Heiming, H. Fechner, R. Gössner, H. Niehaus und K. Mittel; Preis € 10,99; 224 Seiten; ISBN 978-3-596-03588-5; FISCHER Taschenbuch; Juni 2016.

Der Grundrechte-Report ist ein gemeinsames Projekt von acht Bürger- und Menschenrechtsorganisationen:
Humanistische Union, vereinigt mit der Gustav Heinemann-Initiative
Komitee für Grundrechte und Demokratie
Bundesarbeitskreis Kritischer Juragruppen
Pro Asyl
Republikanischer Anwältinnen- und Anwälteverein
Vereinigung Demokratischer Juristinnen und Juristen
Internationale Liga für Menschenrechte
Neue Richtervereinigung – Zusammenschluss von Richterinnen und Richtern, Staatsanwältinnen und Staatsanwälten e.V





Herausgeber:
T. Müller-Heidelberg, E. Steven, M. Pelzer, M. Heiming, H. Fechner, R. Gössner, H. Niehaus, K. Mittel



Gauland (AfD) Seit-an-Seit mit HH Ex-NPD-Kader beim braunen Schlossherrn

Am vergangenen zweiten Juliwochenende startete der „AfD-Kreisverband Mecklenburg-Schwerin" offiziell in den Wahlkampf. Anwesend war nicht nur „prominente Verstärkung", wie man auf Facebook hervorhebt, sondern auch einschlägig bekannte Personen. Zuerst berichtete darüber die Fachjournalistin Andrea Röpke beim „Blick nach Rechts". Auf einem Gruppen-Foto präsentiert sich Alexander Gauland, Vize-Chef der AfD und rechtspopulistischer Einpeitscher neben dem ehemaligen Spitzenkandidaten der Hamburger NPD Björn J. Neumann.

Das ehemalige DVU-Mitglied Neumann kandidierte laut dem Hamburger Verfassungsschutzbericht 2011 bei den Bürgerschaftswahlen des Jahres aus Platz zwei der Liste der Nationaldemokraten. Das „Hamburger Bündnis gegen Rechts" hatte schon im September 2014 darauf hingewiesen, dass Neumann beim Hamburger Landesverband der AfD untergekommen war. Laut damaliger Auskunft eines Herrn Körner aus der Hamburger Parteizentrale der AfD, sei Neumann seit der Gründungszeit Mitglied und es liefe damals seit Monaten ein Ausschlussverfahren. Ob Björn J. Neumann wirklich ausgeschlossen wurde hat die Hamburger AfD unseres Wissens nie öffentlich bekundet.

Auf jeden Fall hält Neumann immer noch guten Kontakt zur NPD. Im Juli 2015 amüsierte er sich ausgelassen auf dem Sommerfest der NPD-Parteizentrale in Berlin-Köpenick. Und auch bei der AfD scheint er nun in zentrale Kreise aufgerückt zu sein, ob offiziell Mitglied oder nicht. Wer an einem internen Wahlkampfauftakt der AfD teilnimmt und sich gleich neben dem Vizechef positionieren darf, dürfte so unbekannt nicht sein. Aber vielleicht war die Nähe zu Gauland nicht nur körperlich, sondern auch weltanschaulich. Schließlich warb Gauland erst vor kurzem mit dem NPD-Slogan „Heute sind wir tolerant und morgen fremd im eigenen Land."

Ebenfalls aufschlussreich ist der Ort, wo die Parteiveranstaltung stattfand, Schloss Jessenitz von Philip Steinbeck. 2008 wurde durch Röpke öffentlich gemacht, dass der Schlossherr enge Kontakte zur NPD pflegte. Bezüglich dem NPD-Fraktionsvorsitzenden Udo Pastörs bestätigte denn Steinbeck 2008 auch, dieser sein ihm als Nachbar und früherer

„Haus- und Hof-Juwelier" bestens bekannt, „Er und seine Frau sind mir sehr sympathisch – rein menschlich." Die Ex-Hamburger Philip Steinbeck und sein Geschäftspartner Christian Schöppe, welche mit viel Aufwand das Schloss Jesenitz renovierten waren 2008 auch dem Hamburger VS-Chef bekannt. „Beide Namen tauchen immer wieder auf", bestätigte damals Heino Vahldieck. Steinbeck und Schöppe waren bis 2008 auch Mitglieder der Hamburger Burschenschaft Hansea. Und auf einer geleakten NPD-Spenderliste tauchte der Name Philip Steinbeck 2011 auf.

Außerdem soll Steinbeck laut einer Anti-NPD-Broschüre der Gewerkschaft verdi und der Gruppe Avanti schon Anfang der 1990er Jahre Wehrsportübungen für Hamburger Neonazis organisiert haben.

Für die AfD ergeben sich jetzt viele Fragen:

Sind die Herren Neumann und Steinbeck Mitglieder, Finanziers oder sonstige Unterstützer der Partei?
Wurde Herr Neumann eigentlich jemals aus dem Hamburger Landesverband ausgeschlossen?
Wie eng ist der Kontakt des NPD-Umfeldes zur AfD in Mecklenburg-Vorpommern?

Hamburger Bündnis gegen Rechts

Neonazi-Keller aufgeflogen

Münchner Neonazis haben in den letzten Jahren regelmäßig versucht, eigene Räumlichkeiten anzumieten. Bei der Objektwahl waren sie dabei durchaus dreist, z. B. als sie im Jahr 2010 ihr „Kulturzentrum" in einem Gebäudeensemble einrichteten, in dem auch eine Polizeiinspektion untergebracht ist. Jetzt ist wieder eine Anmietung aufgeflogen: unter einem Wohnhaus im Westend.

Der Zugang zum Neonazi-Keller.

Seit März 2016 stand Münchner Neonazis aus den Kreisen von „Freies Netz Süd" und „Dritter Weg" ein Trefflokal im Westend zur Verfügung. Ein junger Elektriker hatte hier in einem Wohnhaus der Westendstr. 49 einen Kellerraum angemietet und, als er den Lagerraum nicht mehr benötigte, über einen weiteren Bekannten schlussendlich an den Münchner Neonazikader Thomas Sch. untervermietet. Als „Hobbyraum" wolle er ihn nutzen, habe dieser behauptet. Der nach eigenen Angaben getäuschte Elektriker will nichts vom Hintergrund seines Untermieters gewusst haben und auch keinerlei Verdacht geschöpft haben.

Thomas Sch. und die Münchner Neonazis hatten offenbar eine andere Nutzung im Sinn. Auch wenn ihnen zunächst wohl kaum mehr als 15 Quadratmeter zur Verfügung standen, wurde im Keller eine Art Kneipe eingerichtet, mit alkoholischen Getränken und einer Musikanlage. Ein Wehrmachtsstahlhelm soll als Dekoration gedient haben.

Neonazi-Treffen

Nach a.i.d.a.-Informationen haben sich zumindest ab April diesen Jahres mehrfach bis zu einem Dutzend Neonazis und Sympathisant_innen im Keller getroffen – vor allem am späten Abend unter der Woche oder an Sonntagen, wenn die im Erdgeschoss befindlichen Ladengeschäfte geschlossen hatten. Die Hausbewohner_innen wollen von all dem nichts mitbekommen haben. Lediglich an „laute Musik" aus dem Keller oder „so schwarz gekleidete Security-Typen" vor dem Haus erinnern sich einige im Nachhinein.

Das Ende

Nach der polizeilichen Durchsuchung. Auch die Münchner Polizei will erst vor wenigen Tagen durch Veröffentlichungen, u. a. auf dem linken Open-Posting-Portal Indymedia, auf den Neonazi-Treff aufmerksam geworden sein. Die Behörden handelten daraufhin rasch: wegen des Verdachts auf Verstoß gegen das Gaststättengesetz und andere rechtliche Vorgaben durchsuchten Beamt_innen am Freitagmittag den Keller. Die Polizist_innen beschlagnahmten Waffen (drei Baseballschläger, 2 Pfeffersprays), neonazistische CDs („Stahlgewitter", „Lunikoff"), Getränke, Gertränkepreislisten und -Kasse. Außerdem nahmen sie den Stahlhelm mit.

Der Vermieter kündigte noch vor Ort einen fristlosen Rausschmiss der Neonazis an – das Schloss ist schon ausgewechselt.

Veröffentlicht: 10. Juni 2016 / https://www.aida-archiv.de ■

Undercover im Antifa-Jugendcafé

In der Nacht zum 18. Mai stellte eine Hamburger Recherchegruppe ein Dossier über die ehemalige Verdeckte Ermittlerin „Astrid Schütt" online. Nach „Iris Schneider" und „Maria Block" die dritte Enttarnung innerhalb von 18 Monaten.

„Wir hatten hier eine Antifa-Jugendgruppe mit politischen Diskussionsrunden und Infoveranstaltungen – da wollte sie gerne aktiv mitmachen", erinnerte sich Jan Stubben gegenüber der „Bergedorfer Zeitung". Der Sprecher des selbstverwalteten Jugendzentrums „Unser Haus" in Hamburgers östlichstem Bezirk erfuhr bereits Monate vor der Enttarnung der Verdeckten Ermittlerin (VE), die sich als „Astrid Schütt" ausgab, dass Astrid O. vom Staatsschutz des LKA von Ende 2006 bis April 2013 auf die heimliche Ausforschung der linken Szene angesetzt war. Denn im Rahmen der offensichtlich gründlichen Recherche wurden auch Informationen zum Einstieg der Ermittlerin über das „Café Flop" des Jugendzentrums „Unser Haus" zusammengetragen. Die Recherchergruppen, die bereits die VE Iris P. und Maria B. im nachherein enttarnten, scheinen mittlerweile einige Routine im Enttarnen von Undercover Polizistinnen in der linken Szene zu haben. Nach Iris P. alias „Iris Schneider", von 2001 bis 2006 tätig, und Maria B. alias „Maria Block", tätig von 2008 bis 2012 ist Astrid O. die dritte Undercover-Agentin, die innerhalb von 18 Monaten im nachherein enttarnt worden ist durch ein auf verdeckteermittlerinhh.blackblogs.org eingestelltes Dossier.

Das „Café Flop" ist ein von Jugendlichen viel genutzter Ort. Die damals 25-jährige Polizistin suchte dort 2006 gezielt den Kontakt zu der Antifa-Jugendgruppe. Als die Gruppe sich zerstritt, verlagerte sie zusammen mit einigen der Jugendlichen ihre Aktivitäten nach Altona und organisierte dort das ab Oktober 2008 regelmäßig stattfindende Antifa-Jugend-Café „Mafalda" in einem Wohnprojekt mit. Bis zur Beendigung ihrer Ausforschungstätigkeit im April 2013 wurde sie auch auf weitere antifaschistische Aktivitäten angesetzt, auch auf die Rote Flora als linkem Zentrum und die dort aktive Antirepressionsgruppe. Astrid O. gründete Ende 2009 mit einigen Jugendlichen zusammen die nicht mehr bestehende Gruppe „Nella Faccia", die sich an Antifaaktivitäten beteiligte. „Hier bot sich der lange gesuchte Türöffner in die Hamburger linke Szene", so die Recherchegruppe in ihrem Dossier: „Entscheidend hierbei war die relative Unerfahrenheit an politischer Organisation der gesamten Gruppenmitglieder." Nella Faccia bestand, mit Ausnahme der zu diesem Zeitpunkt 29-jährigen Astrid O. „aus jungen Personen, die im Umgang mit Sicherheit in politischen Strukturen ungeübt waren."

Jugendliche zu observieren, die sich gegen Nazis wehren, ist der Staatsschützerin also in mehreren Gruppen gelungen – von Bergedorf ausgehend, wo Nazis auf den Straßen präsent sind wie sonst kaum in Hamburg: „Wir sind hier ja nur ein Jugendzentrum für politisch Interessierte und alles andere als ein Treffpunkt der krassen linksextremistischen Szene", so Jan Stubben zur „Bergedorfer Zeitung": „Wenn der Staatsschutz schon uns bespitzeln lässt, dann frage ich mich, wie viele Ermittler wohl erst in der Schanze hocken."

Antje Möller, innenpolitische Sprecherin der Bürgerschaftsfraktion der Grünen, wurde im Urlaub von der Enttarnung der Verdeckten Ermittlerin „Astrid Schütt" überrascht: „Der Vorwurf lautet ja, dass in die Organisation eines Antifa-Cafés vor allem für Jugendliche die Beamtin zur Lageaufklärung eingeschleust wurde", so Möller gegenüber dem Autor in einem ersten Statement: „Das wäre für mich ein besonders kritischer Teil des Auftrages. Wenn Jugendliche aus polizeilicher Sicht auffällig werden, sind die Erziehungsberechtigten zu kontaktieren." In der rotgrünen Koalition gibt es offensichtlich Gesprächsbedarf zum Ressort des von der SPD gestellten Innensenators Andy Grote, seit dem 20. Januar im Amt, nachdem sein amtsmüder Vorgänger Michael Neumann mitten in der Legislaturperiode zurückgetreten war. „Man wird das Gefühl nicht los, dass es eine Never-Ending-Story ist", so Antje Möller: „Es muss zu einer Aufklärung des Einsatzes kommen, dafür ist der Innenausschuss der richtige, um nicht zu sagen bewährte Ort." Antje Möller hat in diesem Gremium des landesparamenteswie auch Christiane Schneider viele kritische Fragen gestellt, von denen zahlreiche beantwortet wurden.

„Die Polizei scheint den Einsatz verdeckt ermittelnder Beamtinnen in linken Szenen exzessiv zu betreiben", erklärte Christiane Schneider, innenpolitische Sprecherin der Faktion Die Linke in der Hamburgischen Bürgerschaft in einer Erklärung: „Die Polizei setzt nach eigenen Angaben, so in der Sitzung des Innenausschusses vom 5. November 2015, keine verdeckt ermittelnde Beamtinnen in rechten und rechtsextremen Strukturen ein, und zwar weder in der Gegenwart noch in der Vergangenheit, also auch nicht in den Hochzeiten des militanten Rechtsextremismus in Hamburg." Bei antifaschistischen Aktiven werden dagegen schon Jugendgruppen observiert. „Es ist dringend geboten, dass die Polizei ihr Konzept des verdeckten Ermittelns in politischen Szenen offenlegt", so Christiane Schneider. Wie Antje Möller fordert sie Aufklärung im Innenausschuss.

„Der Einsatz von VE dient real der Ausforschung linker Strukturen und Aktivitäten", konstatiert Andreas Blechschmidt, Aktivist aus der Roten Flora im Gespräch mit dem Autor: „ Aber beim offiziellen Grund für den Einsatz von VE – zur Ermittlung von Straftaten und zur Gefahrenabwehr – gab es noch nie Ergebnisse."

Seit 27 Jahren gab es kein Ermittlungsverfahren gegen Leute aus der Roten Flora wegen der dort geplanten oder stattfindenden Aktivitäten. Der polizeiliche Auftrag der Aufklärung und Prävention von Straftaten passt auch nicht mit der mehrjährigen Dauer des Einsatzes und der konkreten Observation zusammen. Astrid O. war „eine Woche auf dem Fusion-Festival und hat mit mir und Anderen in der Parkplatzcrew als Ordnerin gearbeitet", so Andreas Blechschmidt: „Dass passt alles nicht zum offiziellen Auftrag".

Nach der Niederlage des Nationalsozialismus und damit auch der Gestapo wurde aus gutem Grund das Trennungsgebot von Geheimdienst und Polizei eingeführt. „Dass wird in Hamburg seit mindestens 25 Jahren unterlaufen und mit den Füssen getreten", so Andreas Blechschmidt. „Unmittelbare Gefahr für Sicherheit und Ordnung" – so lautet das Kriterium für den Einsatz von VE. Um den Einsatz von VE zu rechtfertigen, wurde öfters ein Ermittlungsverfahren nach StPO nachträglich nachgeschoben. Gerne setzte der Staatsschutz aber auch jahrelang Beamte und besonders Beamtinnen zur Lageaufklärung ein – kurz: BfL. Die haben zwar geringere Befugnisse als VE, dafür bedarf es laut Polizeirecht aber noch nicht einmal einer staatsanwaltlichen Anordnung für ihren Einsatz – die Polizeiführung entscheidet alleine. „Wahrscheinlich war auch Astrid O. zuerst als BfL und erst später offiziell als VE eingesetzt", so Andreas Blechschmidt: „Als Zeitpunkt für die Erweiterung der Einsatzbefugnisse von einer BfL zur VE vermuten wir das Ermittlungsverfahren, offiziell gegen unbekannt, nach der Aktion gegen drei Streifenwagen vor der Lerchenwache". Die wurden im November 2009 vor dem Polizeirevier des Schanzenviertels abgebrannt. Vermutlich um die Wachhabenden daran zu hindern, gleich aus der Wache zu stürzen und die Verfolgung aufzunehmen, wurde die Eingangstür der Wache verrammelt. „Staatsschutz und Staatsanwaltschaft konstruierten daraus die Absicht, die Polizisten in der Wache zu verbrennen und ermittelten offiziell wegen Mordversuchs", so An-

dreas Blechschmidt, der damals bemerkte, dass er observiert wurde.

Der damalige Innensenator Michael Neumann hatte im Spätsommer 2015 im Innenausschuss zugesagt, eine Vermischung der Befugnisse durch einen zeitgleichen Einsatz sowohl als BFL als auch als VE, wie bei Iris P. geschehen, werde es in Zukunft nicht mehr geben. „Ich halte es für sehr wichtig, den Verdacht einer möglichen Vermischung aufzuklären“, erklärte Antje Möller jetzt nach den ersten Presseberichten über Astrid O. Sie geht nicht davon aus, dass es unter dem seit 20. Januar amtierenden neuen Innensenator Andy Grote, wieder von der SPD, einen neuen Kurs in Sachen VE gibt: „Dass kann ich mir nicht vorstellen, bisher waren diese Einsätze nie Entscheidungen durch die jeweiligen Senatoren.“ Gegenüber der taz erklärte Andy Grote im Interview zur Amtseinführung über VE: „Nicht alles, was in der Vergangenheit geschah, ist geeignet, fortgesetzt zu werden.“

Zu erklären haben die für den ja auch zurückliegenden Einsatz von Astrid O. Verantwortlichen in der Staatsschutzabteilung des LKA Hamburg so einiges. „Und es geht auch um Aufklärung zur Dauer des Einsatzes. Warum die jetzt in die Öffentlichkeit geratene VE über so viele Jahre zur Beobachtung in der Szene war, erschließt sich mir nicht“, so Antje Möller: „Zur Dauer des Einsatzes stellen sich Fragen: was ist das Ziel eines solch langjährigen Einsatzes, was kommt dabei heraus, wie rechtfertigt die Polizei diese langjährigen Einsätze.“

Die Polizeiführung gibt sich zur erneuten Enttarnung wortkarg. Polizeisprecher Timo Zill bestätigte auf Nachfrage nur: „Eine Hamburger Polizeibeamtin ist betroffen.“ Astrid O. ist jetzt wie die beiden anderen enttarnten VE im regulären Polizeidienst. Ein verdeckter Einsatz scheint gut für die Karriere zu sein. „Die LKA-Beamtin Astrid O. war von Ende 2006 bis April 2013 in verschiedenen Zusammenhängen unter dem Decknamen „Astrid Schütt“ in der linken Szene in Hamburg aktiv“, so die Recherchegruppe in ihrem im Internet eingestellten Dossier. Im April 2013 hat sie sich unter dem Vorwand, in Italien in einem Restaurant professionell Kochen lernen zu wollen aus den politischen Strukturen zurückgezogen. Im Dossier wird ihre Legende demontiert: „Tatsächlich ist sie aber nach einer längeren Urlaubszeit im Oktober 2013 in den Polizeidienst im Alsterdorfer Polizeipräsidium zurückgekehrt, wo sie unseren Recherchen nach auch derzeit noch tätig ist.“

Die Recherchegruppe aus dem Umfeld der Roten Flora untersuchte die politischen Aktivitäten von Astrid O. rückblickend. „Im Rahmen der Recherche zu Iris P. ist viel Know-How entstanden, das jetzt im Rahmen der Recherche zu Astrid O. auch sehr nützlich war“, so Andreas Blechschmidt: „Etwa beim Auffinden von Informationen“.

Das im Dossier enthaltene aktuelle Foto von Astrid O. steht so auch auf ihrem Facebook-Account, der mit ihrem zweiten Fake-Account „Astrid Frisur“ abgeglichen wurde. Die Recherchegruppe trug vor allem aber Informationen zusammen, über die sich vorher Aktive aus verschiedenen Gruppen nicht ausgetauscht haben. Einzelne merkwürdig erscheinende Ereignisse: „Sie stellte damals auffallend viele Fragen und war in ihren Zusammenhängen mit Abstand die Älteste, was insbesondere im Rahmen des „Café Mafalda“ (Jugendcafé) auffällig war“. Mit 27 Jahren war Astrid O. 2008 für die autonomen Szene nicht besonders jung, es war auffällig, dass sie trotzdem schwerpunktmässig in der Jugend-Antifa aktiv war. Auch dass Astrid O. „einen Tonfa bei sich zuhause herumliegen hatte“, einen Nahkampfknüppel der Polizei und „offensichtlich versiert in Kampfsport war, obwohl sie angab, kein Interesse daran zu haben“ wirkte widersprüchlich: „Diesen Unklarheiten wurde damals aber leider nicht ausreichend nachgegangen.“. Dabei plädiert die Recherchegruppe aber nicht dafür, Spitzelverdachte überzubewerten. Vielmehr geht es um eine verbindliche, faire und über einzelne Gruppen hinausgehend transparente Klärung eines möglichen Verdachtes.

„ Auf die verschiedenen Spektren der radikalen Linken in Hamburg sind bestimmt so vier oder fünf VE gleichzeitig angesetzt“, vermutet Andreas Blechschmidt: „Etwa auf die B5, die Ultras von St. Pauli, die Flora, die Antira-Aktiven, die Antifas“. Vor drei Jahren wurde von den sich radikal antiimperialistisch gebenden Leuten von der B5 ebenfalls ein VE enttarnt – das ebenso sektiererische wie israelfeindliche Spektrum des „Internationalen Zentrums Brigittenstraße 5“ auf St. Pauli leistete dazu aber kaum öffentliche Aufklärung. Dies ist umso ärgerlicher, als dass die Undercover Einsätze oft auf das langfristige Aufbauen von Vertrauen angelegt sind und VE zwischen linken Gruppen hin und her wechseln können. Der 1997 in Hamburg aufgeflogene VE „Stefan“ etwa war lange in der antirassistischen Glasmoorgruppe aktiv, kam dann in die Siebdruckgruppe der Roten Flora, war in der Flora aber sozusagen ein Schläfer, der sich noch nicht für das Plenum interessierte. „Wenn er nicht durch einen Zufall aufgeflogen wäre, hätte er vielleicht irgendwann als Vertreter der Siebdruckgruppe auf dem Plenum gesessen“, so Andreas Blechschmidt.

„VEs, die derzeit undercover soziale Bewegungen ausspionieren, werden ja erst in ein paar Jahren enttarnt – wenn überhaupt“, so Tina Fritsche vom Centro Sociale im Karoviertel gegenüber dem Autor: „Ich wünschte, es ginge schneller, aber die Ermittlungsgruppe macht eine solide, belastbare und seriöse Arbeit vor allem mit Blick auf das Rote Flora-Umfeld – und das geht nur mit Zeit, Sorgfalt und Geduld.“ Tina Fritsche vermutet ebenfalls den Einsatz weiterer VE: „Von Recht auf Stadt über Initiative Refugees Welcome Karoviertel. kirchliche Gruppen und gewerkschaftliche Jugendorganisationen bis hin zur Kleiderkammer“ für Geflüchtete. Aber sie betont auch, dass Abschottung linker Aktivitäten keine Lösung ist: „Weiterhin offene Strukturen – unbedingt. Genau das ist auch der Schutz.“. Andreas Blechschmidt betont: „Offene Strukturen sind wichtig, es kommen ja zum Glück nicht nur VE so in die Flora rein“. Während er dies sagt, lacht er. Hamburgs radikale Linke lässt sich offensichtlich nicht in die Paranoia treiben.

Gaston Kirsche ■

Der lange Arm türkischer Repressionsbehörden:

Großprozesse und Auftrittsverbote gegen türkische und kurdische Linke in Deutschland

Die erneuten verbalen Entgleisungen des türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan gegen türkisch-stämmige ParlamentarierInnen, mit denen er in Bezug auf die längst überfällige Anerkennung des Völkermords an den ArmenierInnen für Furore sorgte, führte zwar zu Kritik aus dem Bundestag. Allerdings scheint diese Reaktion auch in diesem Fall keinen Einfluss auf die strategische Zusammenarbeit der Repressionsbehörden beider Länder zu haben, sind sie sich doch seit langem einig, wenn es um die Bekämpfung linker und fortschrittlicher Bewegungen geht.

Erst vor wenigen Wochen hatte sich die Bundesregierung mit ihren Stellungnahmen in der sog. „Böhmermann-Affäre" bis auf die Knochen blamiert. Zu den systematischen Menschenrechtsverletzungen und Ermordungen, den Ausnahmezuständen in den kurdischen Gebieten und Massenfestnahmen schweigt die Bundesregierung hingegen beharrlich. Auch die von inzwischen inhaftierten Journalisten nachgewiesene Unterstützung, die Erdoğan für die Terror-Gruppierung „Islamischer Staat" leistete, führte zu keinerlei ernstzunehmenden Reaktionen deutscher Behörden.

Im Gegenteil: fast monatlich werden in der BRD AktivistInnen türkischer und kurdischer linker Gruppen verhaftet und wegen angeblicher Mitgliedschaft in „terroristischen Organisationen im Ausland" (§129b StGB) vor Gericht gestellt. So wird derzeit zehn kurdischen Aktivisten in mehreren Bundesländern der Prozess gemacht, da sie der „Arbeiterpartei Kurdistans" (PKK) angehören sollen.

In München beginnt am 17. Juni ein Großprozess gegen 10 Mitglieder der „Konföderation der Arbeiter aus der Türkei" (ATIK). Sie waren am 15. April 2015 in einer europaweiten Razzia unter dem Vorwurf der Mitgliedschaft in der „Kommunistischen Partei der Türkei/Marxistisch-Leninistisch" (TKP/ML) festgenommen worden und befinden sich seitdem in Untersuchungshaft. Ein Prozess gegen migrantische Linke in dieser Größenordnung hat seit den 1980er Jahren in Deutschland nicht mehr stattgefunden.

Auch die ATIK-Mitglieder sollen nach den umstrittenen Gesinnungsparagraphen 129a/b zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt werden. Dabei müssen den Angeklagten letztlich keine konkreten Straftaten, sondern lediglich die Mitgliedschaft in den kriminalisierten Organisationen nachgewiesen werden. Dazu herhalten sollen das Abhalten politischer Seminare, die Vorbereitung und Teilnahme an Demonstrationen und ähnliche alltägliche politische Aktivitäten.




Am Donnerstag den 24. März organisierte ATIK – Konföderation der Arbeiter aus der Türkei in Europa – gemeinsam mit NAV-DEM in Berlin eine Demonstration in Solidarität mit den politischen Gefangenen. An der Demonsration, die von der Turmstraße zum Sitz des Außenministeriums führte beteiligten sich einige hundert Menschen, vorwiegend türkischer und kurdischer Herkunft

Und damit nicht genug, wird nun auch „Grup Yorum", einer seit 30 Jahren bestehenden linken Musikgruppe aus der Türkei, die Einreise in den Schengenraum verweigert. Ein für den 18. Juni in Gladbeck (NRW) geplantes Konzert der Band, die in der Türkei zahlreichen Repressalien ausgesetzt ist, soll mit allen Mitteln verhindert werden. Hier arbeiten offenbar Stadtverwaltung, Inlandsgeheimdienst und rechtskonservative türkische Verbände Hand in Hand und konstruieren ein Bedrohungsszenario durch Grup Yorum, deren Konzerte in der Türkei von hunderttausenden Menschen besucht werden. Statt des geplanten Festivals „Ein Herz und eine Stimme gegen Rassismus" wird nun eine Kundgebung in Gladbeck stattfinden, auf der neben Grup Yorum auch zahlreiche andere Bands und RednerInnen auftreten werden.

Bei weitem nicht erst seit dem als „Flüchtlingsdeal" bezeichneten Abkommen sind deutsche Behörden stets bemüht, die linke Exilgruppierungen durch Gesinnungsparagraphen und Organisationsverbote zu kriminalisieren. Die Beschleunigung der Festnahmen und Verurteilungen nimmt allerdings bedrohliche Ausmaße an.

Aktuell bedarf es der Solidarität der gesamten Linken, Bürgerrechts- und Friedensbewegung mit den angeklagten GenossInnen. Auf dem Spiel stehen die Möglichkeit, sich als Exilopposition politisch zu betätigen, und das Recht auf Widerstand gegen diktatorische Regime.

Die nach Erdoğans jüngsten Ausfällen formulierte Kritik der Bundesregierung kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass absolut kein Interesse an einer ernsthaften Auseinandersetzung mit der türkischen Präsidialdiktatur besteht. Allen Reden über Presse- und Meinungsfreiheit zum Trotz hofiert sie ein Regime, das sämtliche Grundrechte mit Füßen tritt und Krieg gegen weite Teile der eigenen Bevölkerung führt.

Die Rote Hilfe e.V. ruft zur Teilnahme an den Kundgebungen auf und fordert die sofortige Freilassung und Entschädigung der Angeklagten sowie die umgehende Beendigung der Repressalien gegen Grup Yorum sowie die OrganisatorInnen des ursprünglich geplanten Festivals „Ein Herz und eine Stimme gegen Rassismus".

Kundgebung gegen den 129b-Prozess gegen ATIK-AktivistInnen mit anschließender Prozessbeobachtung : Nymphenburgerstr. 16, 80335 München, ab 9 Uhr

Kundgebung in Gladbeck: Festplatz Horster Straße, 45968 Gladbeck, 10-22 Uhr

Bundesvorstand der Roten Hilfe e.V. ■

Und täglich grüßt das Murmeltier: de Maizière und seine erfundenen Statistiken

Es ist offenbar eine der Lieblingsbeschäftigungen des Bundesinnenministers: Statistiken über Flüchtlinge verbreiten, für die es überhaupt keine Datengrundlage gibt. Diesmal beschwert Thomas de Maizière sich über Probleme bei der Abschiebung von Kranken.

Regelmäßig kommt der Bundesinnenminister mit neuen Weisheiten zum Thema Abschiebungen um die Ecke. Anfang dieser Woche beklagte er zunächst, dass es bei Abschiebungen oft zu Protesten aus der Bevölkerung komme und offenbart mit der Aussage, dass für ein Bleiberecht eben nicht ausreiche, wenn „der betroffene Junge gerade im Fußballverein so viele Tore schießt“ oder „die Familie so gute Nachbarn sind“ eine zynische Einstellung, mit der sich wohl auch Nachbarschaftsspezialist Alexander Gauland identifizieren könnte.

Nur wenige Tage später treibt de Maizière die nächste Sau durchs Dorf: Ein großes Problem seien die Atteste, die kranke Flüchtlinge zunächst vor der Abschiebung bewahren. Der Innenminister wittert „Gefälligkeitsgutachten“ der Ärzte und versteigt sich schließlich in der Aussage „Es kann nicht sein, dass 70 Prozent der Männer unter 40 Jahren vor einer Abschiebung für krank und nicht transportfähig erklärt werden“. Allein: Es ist völlig unklar, wie er auf diese Behauptung kommt und woher die Zahlen stammen sollen.

Keine Datengrundlage für Behauptung

Nachdem zunächst der Präsident der Bundesärztekammer den Vorwurf der „Gefälligkeitsatteste“ mit einem Hinweis auf Berufsordnung und Richtlinien zurückwies, musste nun auch das Bundesinnenministerium zugeben: Es gibt überhaupt keine Statistiken dazu. De Maizière suggeriert mit der Befeuerung dieser Debatte zudem, dass es leicht wäre, eine Abschiebung mit einem einfachen ärztlichen Attest dauerhaft zu verhindern.

Flucht & Verfolgung: Oft traumatische Erfahrungen

Das trifft nicht zu – nicht nur wurden die Anforderungen an Atteste im Zuge des Asylpakets II deutlich erhöht, auch zuvor reichten ein paar Zeilen eines Arztes nicht aus, um langfristig sicher vor der Abschiebung zu sein. Die Realität ist vielmehr: Viele Flüchtlinge leiden unter schwerwiegenden Erkrankungen, oft aufgrund von Geschehnissen im Heimatland oder Erlebnisse auf der Flucht. Eine neue Studie spricht davon, dass 80 Prozent der Geflüchteten traumatische Erfahrungen hinter sich haben. De Maizière erweckt mit seinen Aussagen zu „Gefälligkeitsattesten“ den Eindruck, als müsste man solche Probleme nicht besonders ernstnehmen.

Und es ist nicht das erste Mal, dass der Innenminister sich Zahlen einfach ausdenkt, um seine Argumentationslinien zu untermauern: Erst im vergangenen Herbst machte er mit seinen Behauptungen über „falsche Syrer“ Schlagzeilen. Angeblich seien 30 Prozent der Asylbewerber, die angaben, aus Syrien zu stammen, in Wahrheit aus anderen Ländern. Kurz später wurde deutlich: Eine Erfindung. Das BAMF hatte bis dahin nur 116 syrische Pässe als Fälschung entlarvt, 80 Prozent der Inhaber waren aber tatsächlich Syrer, die einfach keine echten Dokumente mehr besaßen.

Gefährliche Folgen der Stimmungsmache

Thomas de Maizière begibt sich damit auf gefährliches Terrain. Egal, wie schnell die Aussagen öffentlich widerlegt werden – PEGIDA, AfD & Co. erhalten dadurch neue Nahrung. Der Bundesinnenminister sollte dringend damit aufhören, auf diese Weise Ressentiments gegen Flüchtlinge zu schüren.

Quwelle: pro asyl, 17.6.2016; https://www.proasyl.de/news/und-taeglich-gruesst-das-murmeltier-de-maiziere-und-seine-erfundenen-statistiken/

Hot Spots in der Ägäis: Zonen des Elends und der Rechtlosigkeit

Mehr als 8400 Schutzsuchende sitzen auf den Ägäis-Inseln unter erbärmlichen Bedingungen fest. Der EU-Türkei- Deal produziert ein Klima der Unsicherheit und Angst. Unsere Anwältinnen gehen jetzt in zwei dramatischen Fällen bis vor den Menschengerichtshof, um drohende Abschiebungen in die Türkei zu stoppen.

Ein homosexueller Syrer, der in der Türkei vom Islamischen Staat bedroht wurde, soll wieder dorthin abgeschoben werden. In einem zweiten Fall droht einem syrischen Schutzsuchenden armenischer Abstammung die Abschiebung in die Türkei. … RSPA-Anwältin Eleni Velivasaki kommentiert: „Zwei Menschen sind in akuter Gefahr, in die Türkei zurückgeführt zu werden, ohne dass ihre Fluchtgründe geprüft und die Gefahren, mit denen sie in der Türkei und in ihrer Heimat konfrontiert sind, berücksichtigt wurden. Es wurde das neu eingeführte Schnellverfahren für Grenzregionen angewandt, das griechisches sowie europäisches Recht verletzt. Den Betroffenen wurde ihr Recht auf eine effektive Anhörung und eine gründliche Prüfung ihres Asylantrags verwehrt. Es besteht ein hoher politischer Druck, die Vereinbarungen des EU-Türkei Deals um jeden Preis umzusetzen.“

Politischer Druck aus Brüssel

In diesen beiden Fällen hatten auch die Beschwerdekomitees in Griechenland die Einstufung der Türkei als „sicher“ bestätigt. Häufig ist das jedoch nicht so: Am 31. Mai wurden drei positive Entscheidungen des Beschwerdekomitees auf Lesbos – der zweiten Instanz – öffentlich, die europaweit für Furore sorgten. „Die Türkei ist kein sicherer Drittstaat“, so das dreiköpfige Komitee, „die betroffenen Syrer dürfen nicht abgeschoben werden.“

Bis zum 12. Juni 2016 haben griechische Beschwerdekomitees in 70 Fällen den Empfehlungen des Europäischen Asylunterstützungsbüros (EASO) und der erstinstanzlichen Entscheidung der griechischen Asylbehörde widersprochen und damit Abschiebungen in die Türkei verhindert. Auf EU-Ebene ist man daher alarmiert: Die EU- Kommission drängt nun darauf, die Beschwerdekomitees in Griechenland **neu zu besetzen**.

EU-Logik: Was nicht passt, wird passend gemacht

Am 16. Juni hat das griechische Parlament reagiert und eine neue Zusammensetzung der Beschwerdekomitees verabschiedet, „um die Verfahren zu beschleunigen“, wie ein Sprecher des Innenministeriums erklärte. EU-Kommissar für Migration, Dimitris Avramopoulos ließ am 15. Juni 2016 verlauten, neue Beschwerdekomitees würden innerhalb der nächsten zehn Tage eingerichtet: „Ich bin zuversichtlich, dass die Verfahren zeitnah beschleunigt werden.“ Der politische Druck auf die griechischen Behörden ist enorm, das Beschwerdeverfahren droht zur Farce zu werden.

Bekannt wurde außerdem, dass auch auf EASO Druck ausgeübt wird. Die EU-Kommission und einige Mitgliedstaaten wollen einen Bericht der EU-Unterstützungsbüros unter Verschluss halten, so berichtet der EUobserver am 15. Juni. Vertreter*innen des Management Boards von EASO lehnen den Bericht ab, da er die Einstufung der Türkei als „sicheren Drittstaat“ nicht bestätigt.

vollständiger PM von pro asyl: https://www.proasyl.de/news/hot-spots-in-der-aegaeis-zonen-des-elends-und-der-rechtlosigkeit/

Sozialproteste und extreme Rechte

FN-Wählerschaft äußert sich zu 72 Prozent verständnisvoll oder unterstützend zu Protestdemonstrationen. Die rechtsextreme Abgeordnete Marion Maréchal-Le Pen verurteilt unterdessen die CGT, während der Vizevorsitzende Florian Philippot eher die Regierung kritisiert. Dissonanzen und divergierende Stimmen an der Parteispitze zu eventuellen Demonstrations-Verboten

Um die extreme Rechte in Frankreich ist es derzeit in den Medien relativ ruhig, da ihre Hauptpartei – in Gestalt des Front National (FN) – sich in Zeiten zugespitzter sozialer Konflikte eher bedeck hältt: Es ist schwierig für ihn, die Gewerkschaften zu unterstützen, ebenso wie eine Pro-Regierungs-Position seiner Selbstdarstellung als Protest- & Wut-Partei schaden würde. Im Stillen bereitet Marine Le Pen sich auf ihre Präsidentschaftskandidatur für das Frühjahr 2017 vor, welche unter dem Motto La France apaisée („Das zum Frieden gekommene/zur Ruhe gekommene Frankreich") stehen soll. Es ist keine unmittelbare Reaktion auf die derzeitigen sozialen Konflikte, vielmehr wurde dieses Motto zu Jahresbeginn 2016 vor deren Ausbruch gewählt. Marine Le Pen hatte ihre Kandidatur im Februar 16 offiziell angekündigt und dabei bereits diesen Slogan benutzt.

Doch nun stellt sich heraus, dass ihre eigene Wählerschaft auf extreme Weise gespalten ist, was ihre Haltung zu dem Gesetzentwurf betrifft. Während ihr eher in Südfrankreich (und zum Teil im Elsass) angesiedelter wohlhabenderer Teil – zu unterscheiden von der eher aus den soziale Unterklassen kommenden rechtsextremen Wählerschaft in Nordfrankreich oder in Lothringen zum Beispiel – mit den Gewerkschaftsdemonstrationen nichts anfangen kann, erklärt ein erstaunlich hoher Anteil gewisse Sympathien für dieselben. Dieses Phänomen ist nicht: Bereits anlässlich der massiv befolgten Herbststreiks in den öffentlichen Diensten im November/Dezember 1995 war die damalige FN-Wählerschaft im Sechzig-zu-Vierzig-Verhältnis in zwei größere Blöcke gespalten. Nunmehr sind es jedoch sogar 72 Prozent innerhalb der Wähler/innen/schaft des Front National, die Sympathien oder Verständnis für die sozialen Protestdemonstrationen äußern. Dies hat eine Befragung ergeben, deren Ergebnisse am 17. Juni d.J. publiziert wurden. Demnach entscheiden sich 46 Prozent – also eine Mehrheit innerhalb der 72 Prozent – sogar für die stärkste Antwort, welcher zufolge diese Sozialproteste „sehr gerechtfertigt" seien. Bei der konservativen stärksten Rechtspartei, Les Républicains (LR) – früher UMP – hingegen betragen die beiden Anteile nur respektive 31 Prozent und sieben Prozent. (Vgl. http://www.lemonde.fr/politique/article/2016/06/16/le-fn-pris-en-flagrant-delit-de-grand-ecart_4951625_823448.html)

Im Unterschied zu 1995, als die Partei selbst offen feindselig auf die damaligen Streiks reagierte, zeigt sie sich heute hingegen um- und vorsichtig sowie gespalten zum Thema „Arbeitsgesetz und die Proteste dagegen". Die aus zwei Abgeordneten – den südfranzösischen FN-Bürgermeistern David Rachline (Fréjus) und Stéphane Ravier, Bezirksbürgermeister in Barseille – bestehende Senatsfraktion des Front National hatte zwar zunächst Änderungsanträge für den Gesetzentwurf ausgearbeitet, die ihn sogar noch in wirtschaftsliberalem, arbeit„geber"freundlichem Sinne verschärft hätten. Infolge einer Intervention der Parteispitze wurden diese Anträge jedoch vor dem Beginn der Senatsdebatte zum Thema, die vom 13. bis 28. Juni dauert, zurückgezogen.

Was das eventuelle Verbot künftiger Gewerkschafts- und Sozialprotest-Demonstrationen – das durch die Regierung am Mittwoch, den 15. Juni infolge von „Ausschreitungen" bei der Zentraldemonstration am Vortag angedroht wurde – betrifft, so herrscht keine Einigkeit an der Parteispitze des Front National.

Vize-Vorsitzender Florian Philippot, der eher als Flügelmann der Partei für die betonte soziale Demagogie auftritt, kritisierte die Regierung am 16.6. d.J. scharf für ihr Vorhaben eines eventuellen Demonstrationsverbots. Dabei wollte er die Urheber von Ausschreitungen einerseits – er bezifferte die „Gewalttäter" auf „rund 800", die „zu Gutteil aus dem Ausland anreisen" – und das Gros der (eher gewerkschaftlich orientierten) Demonstrant/inn/en andererseits scharf unterschieden wissen.

Das geplante Demo-Verbot wies er deutlich zurück. Er nannte es „eine Reaktion von Unfähigen" und höhnte, dann könne man „ja auch gleich Wahlkampfveranstaltungen im Präsidentschaftswahlkampf verbieten", da auch diese mitunter „von Chaoten angegriffen" würden (vgl. https://www.youtube.com/watch?v=NkffT4fAzk8). Bei letzterem Ausdruck denkt er natürlich vor allem auch an antifaschistische Aktionen gegen die eigene Partei. Am folgenden Tag (Freitag, den 17. Juni) legte Philippot dann in schärferem Tonfall gegen „die Chaoten" nach und forderte, die Regierung müsse „diese linksextremen Milizen" endlich verbieten. Noch immer wollte Philippot jedoch kein Regierungsverbot für Demonstrationen befürworten; das Kabinett lasse den Chaoten-Anteil sogar bewusst gewähren, um den Rest zu diskreditieren. Den Hauptstoß führte er aber gegen die Regierung und gegen die Europäische Union, die ihr angeblich das geplante „Arbeitsgesetz" angeblich auferlegt habe – in Wirklichkeit geht dieses zwar zum Teil auf „Empfehlungen" der EU-Kommission an Frankreich vom 13.05.2015, aber auch auf Vorschläge des französischen Kapitalistenverbands MEDEF aus dem Frühjahr 2000 zurück -; die Demonstrationen mitsamt Ausschreitungen dauerten „drei Wochen", hingegen die Auswirkungen des geplanten Gesetzes „das ganze Leben lang". (Vgl. Sozialproteste und extreme Rechte)

Hingegen sprach sich die 26jährige Parlamentarierin Marion-Maréchal-Le Pen – eine der beiden derzeitigen Abgeordneten des FN in der französischen Nationalversammlung – im Prinzip für die Möglichkeit eines Verbots solcher Demonstrationen aus. Sie sei, erklärte die Nichte von Marine und Enkelin von Jean-Marie Le Pen am 16. Juni 16, „nicht sonderlich schockiert" darüber, dass man ggf. „gewisse Demonstrationen, natürlich für eine bestimmte Zeit, verbieten könnte", unter Berufung auf den nach wie vor geltenden Ausnahmezustand sowie auf die laufende Europameisterschaft im Fußball. Ihre Tante und Parteichefin Marine Le Pen ergriff hingegen Positionen, die eher denen ihres Vizevorsitzenden Philippot ähneln. (Vgl. zu beiden: http://actu.orange.fr/france/manifestations-un-point-de-divergence-entre-le-pen-CNT000000q9vAi.html) Auch ihr Lebensgefährte Louis Aliot „würde die Demonstrationen nicht verbieten", glaubt man seinen Worten (vgl. http://www.bfmtv.com/politique/louis-alliot-n-interdirait-pas-les-manifestations-990176.html). Aliot ist ebenfalls, wie Philippot, Vize-Vorsitzender der Partei doch mit etwas stärker wirtschaftsliberal gefärbten Positionen.

Auch bei der inhaltlichen Bewertung des geplanten „Arbeitsgesetzes" selbst widerspiegelt sich diese, zumindest strategisch-taktische, Uneinigkeit. Florian Philippot (vgl. obige Quelle) wirft ihm u.a. vor, ein durch die EU gewolltes Regelwerk zur Prekarisierung von französischen Lohnabhängigen sowie zur Lohnsenkung zu sein. Hingegen ist Marion Maréchal-Le Pen der erklärten Auffassung, dass das Gesetzesvorhaben „bedeutungslos" sei, weil es „vor allem für die kleinen und mittleren Unternehmer (…) nicht weit genug" gehe. Den Hauptangriff führt sie gleichzeitig gegen die CGT – den mit Abstand stärksten Gewerkschaftsdachverband in Frankreich (auch wenn die schlecht informierte junge Welt

Gewissenhafte Prüfung statt Schnellverfahren

Der Flüchtlingsrat Niedersachsen begrüßt die Entscheidung der Landesregierung, die vom Bundestag vorgeschlagene Festlegung der drei Maghreb-Staaten Marokko, Algerien und Tunesien am kommenden Freitag im Bundesrat abzulehnen. Alle Menschenrechtsorganisationen sind sich in der Einschätzung einig, dass in den drei genannten Maghreb-Staaten die Menschenrechte von politisch Andersdenkenden, Homosexuellen, Frauen regelmäßig verletzt werden. Zu befürchten ist, dass Einzelfälle von politischer Verfolgung nicht erkannt und nicht angemessen gewürdigt werden, wenn über die Asylanträge Schutzsuchender in Schnellverfahren entschieden wird. Wir fordern die Bundesregierung auf, sich den tatsächlichen Herausforderungen wie z.B. dem unzureichenden Angebot an Sprach- und Integrationskursen zu stellen, statt weiterhin Symbolpolitik zu betreiben. Im Mai kamen nur noch 374 Flüchtlinge aus den Maghreb-Staaten (185 Asylbewerber kamen aus Marokko, 134 aus Algerien und 55 aus Tunesien).

Das Bundesverfassungsgericht hat dem Gesetzgeber klare inhaltliche Vorgaben darüber gemacht, wann ein Land als „sicher“ gelten kann. In seinem Urteil von 1996 hat das Bundesverfassungsgericht die rechtlichen Voraussetzungen für „sichere Herkunftsstaaten“ festgelegt. Demnach muss der Gesetzgeber eine „antizipierte Tatsachen- und Beweiswürdigung vornehmen“, wobei das Grundgesetz bestimmte Prüfkriterien vorgibt, mithin die Rechtslage, die Rechtsanwendung und die allgemeinen politischen Verhältnisse in diesem Staat. Dabei hat er verschiedene Informationsquellen zu würdigen, beispielsweise UNHCR oder die Berichte des Menschenrechtszentrums der Vereinten Nationen. Nach der Rechtsprechung des Verfassungsgerichts gilt:

„Das Konzept sicherer Herkunftsstaaten gerät indes schon ins Wanken, wenn ein Staat bei genereller Betrachtung überhaupt zu politischer Verfolgung greift, sei diese auch (zur Zeit) auf eine oder einige Personen- oder Bevölkerungsgruppen begrenzt. Tut er dies, erscheint auch für die übrige Bevölkerung nicht mehr generell gewährleistet, dass sie nicht auch Opfer asylrechtlich erheblicher Maßnahmen wird.“

In seinem Urteil aus dem Jahr 1996 stellt das Bundesverfassungsgericht resümierend fest:

„Schafft der Gesetzgeber … für eine solche Behandlung von Asylanträgen die Grundlage, so muß diese so beschaffen sein, daß sich die Zurückweisung von Asylanträgen als offensichtlich unbegründet einschließlich des Verlustes des vorläufigen Bleiberechts mit guten Gründen auf sie stützen kann. Das bedingt ein bestimmtes Maß an Sorgfalt bei der Erhebung und Aufbereitung von Tatsachen […].“

Aus all dem wird deutlich, dass das BVerfG die Festlegung von sicheren HKL nur als Ausnahmeregelung bei eindeutiger Sachlage und nach gewissenhafter Prüfung für zulässig gehalten hat. Die (uferlose) Ausweitung der Liste der sog. sicheren HKL, wie sie politisch intendiert ist, widerspricht dem offenkundig.

Quelle: Pressemitteilung Flüchtlingsrat Niedersachsen 13.06.2016 ■

Bundesländer widersprechen Einstufung der Maghrebstaaten

„Es ist ein gutes Zeichen, dass die Einstufung der Maghreb-Staaten als sichere Herkunftsländer nun doch auf Widerstand in den Bundesländern stößt, anstatt einfach durchgewinkt zu werden. Denn viel zu viele asylrechtliche Verschärfungen wurden in den letzten Monaten durch das parlamentarische Verfahren gejagt und nach höchstens oberflächlicher Prüfung beschlossen – zum Teil leider auch unter Mitwirkung der Grünen“, kommentiert Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, die von mehreren Bundesländern geäußerten Bedenken an einer Einstufung der Maghreb-Staaten als sogenannte sichere Herkunftsländer. Jelpke weiter:

„Die Bundesregierung sieht nun ihre Felle davon schwimmen. Und weil es keine glaubwürdigen Argumente für die Einstufung der Maghreb-Staaten als sichere Herkunftsländer gibt, greift Kanzleramtschef Altmaier zu haltlosen Beschwörun-

in Berlin vorige Woche zum wiederholten Male und aus unerfindlichen Gründen behauptet, es sei angeblich „der drittstärkste“) –, die bei Philippot eher relativ verschont bleibt: „Die CGT repräsentiert das französische Volk nicht.“ (Vgl. ihre Aussagen vom 12. Juni d.J.: https://www.youtube.com/watch?v=Tq6X5hnDPIM) Ähnliche inhaltliche Positionen nimmt auch der rechtsextreme Bürgermeister von Béziers – der einwohnerstärksten unter den zwölf vom FN regierten Städten – ein, unter Berufung auf das Wohlergehen südfranzösischer Unternehmen. Er beklagt lautstark, dass das geplante Gesetz durch parlamentarische Kompromisse „zunehmend kastriert“ würde (Vgl. https://www.youtube.com/watch?v=MIk90Kjbqh0 , ab 21 Minuten 57 Sekunden)

Bernard Schmid, Paris ■

Achse Frauke Petry/Marine Le Pen

Am Freitag, den 17. Juni 2016 traf sich die „Europäische Bewegung der Nationen und der Freiheiten“ (französisch abgekürzt MENL, für Mouvement européen des nations et des libertés) im Wiener Vorort Vösendorf. Gastgeberin war die österreichische rechtsextreme FPÖ. Bei der „Europäischen Bewegung…“ handelt es sich um eine so genannte Europäische Partei, d.h. um einen durch die EU geförderten transnationalen Parteienzusammenschluss, wie es sie auf der politischen Rechten ebenso wie auf der Linken gibt. Mehrere deutschsprachige Medien berichteten ausführlich über das Treffen in Österreich, an dem rund 1500 Personen teilnahmen und das unter dem Motto „Patriotischer Frühling“ stand, erwähnten die Euro-Partei jedoch i.d.R. nicht, sondern sprachen eher von einem Treffen auf Einladung der FPÖ. (Vgl. http://web.de/magazine/politik/fpoe-voesendorf-fruehling-rechten-31630652 und http://kurier.at/politik/inland/fp-chef-strache-gegen-eu-suizid-le-pen-fuer-eu-austrittsreferenden/205.029.298)

Interessant für das deutsche Publikum ist dabei vor allem auch der neue Status der AfD. Was sie betrifft, kündigte FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache an, die Zusammenarbeit beider Parteien künftig noch „zu vertiefen“ (vgl. http://www.heute.at/news/politik/HC-Strache-Zusammenarbeit-mit-AfD-wollen-wir-vertiefen;art23660,1301753) Die Pariser Abendzeitung Le Monde – Papierausgabe vom 19./20. Juni 2016 – ihrerseits berichtet, die AfD-Vorsitzende Frauke Petry habe ihren Lebensgefährten Markus Pretzell, seines Zeichens Landeschef NRW der Partei und Europaparlaments-Abgeordneter, mit einer Nachricht an FN-Chefin Marine Le Pen betraut. Im Auftrag seiner Parteichefin erklärte Pretzell demnach der Vorsitzenden der französischen neofaschistischen Partei, er sei „besonders froh und glücklich, sich für die deutsch-französische Freundschaft einzusetzen“. Also für jene zwischen AfD und FN. Damit sind die Dinge nunmehr ziemlich klar, was die internationalen Beziehungen der AfD und damit ihre internationale und europapolitische Ausrichtung betrifft. Ansonsten erklärte Markus Pretzell dem geneigten Publikum in Wien, bereits einmal sei „eine europäische Neuordnung in der österreichischen Hauptstadt“ ausgehandelt worden, er wünsche jedoch den nunmehr Versammelten „mehr Erfolg“ als den damaligen. (Zitiert n. Le Monde) Der Chef der NRW-AfD spielte dadurch auf den Wiener Kongress von 1815 ein, welcher (infolge der Französischen Revolution und der Napoleonischen Kriege) eine mehrere Jahrzehnte dauernde Periode finsterer Restauration einleitete.

BS, Paris ■

gen, wonach dies notwendig sei, um Asylmissbrauch entgegenzuwirken und die Aufnahmebereitschaft in Deutschland zu stärken. Wie solche Botschaften, die Flüchtlinge aus einer ganzen Ländergruppe unter Generalverdacht stellen, die Aufnahmebereitschaft in Deutschland erhöhen sollen, ist mir schleierhaft.

Die Bundesregierung verschließt weiterhin bewusst die Augen vor den zahlreichen Berichten von Nichtregierungsorganisationen zu Menschenrechtsverletzungen und Verfolgungshandlungen in diesen Ländern. Der Anteil der Flüchtlinge aus den Maghreb-Staaten ist gering – aber entgegen den Behauptungen des Kanzleramtschefs ist das nicht ein Ergebnis des Beschlusses des Bundestags über die Einstufung der Länder, sondern Resultat der Schließung der Fluchtrouten nach Deutschland. Auch Flüchtlinge aus Tunesien, Algerien und Marokko haben ein Recht darauf, dass ihr Asylantrag unbefangen und gründlich geprüft wird – und sie nicht vorverurteilt werden durch die Unterstellung, sie kämen aus sicheren Herkunftsländern."

Quelle: http://www.ulla-jelpke.de 14.06.2016 ■

Informationsfilm zur Anhörung für Geflüchtete



Der Film informiert über die Anhörung beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge und steht in 14 Sprachen zur Verfügung:

Der Film ist im Rahmen einer Initiative des Kölner Flüchtlingsrats e.V. und verschiedener Kölner Filmemacher*innen und Produzent*innen entstanden. Ziel ist es, Flüchtlinge darin zu unterstützen, zentrale Informationen für ihr Asylverfahren zu bekommen.

Quelle: Flüchtlingsrat Sachsen-Anhalt

Bayerisches Integrationsgesetz verhindern!

Die Bayerische Staatsregierung hat ein sogenanntes „Integrationsgesetz" beschlossen, das seinen Namen nicht verdient. Dieses Ausgrenzungsgesetz schafft die Schulpflicht für Kinder in den Ausreiselagern Manching und Bamberg ab, schließt Flüchtlinge im Asylverfahren und mit Duldung von Integrationsangeboten aus, lässt Gesichtskontrollen vor dem Betreten öffentlicher Einrichtungen zu, räumt der Polizei weitreichende Zutrittsrechte für Personenkontrollen in Flüchtlingsunterkünften ein und schafft vielfältige Sanktionsmöglichkeiten gegen vermutete Integrationsverweigerung.

Ein Rechtsanspruch auf Integrationsleistungen wird Flüchtlingen und MigrantInnen hingegen nicht eingeräumt, stattdessen schwört das „Integrationsgesetz" Flüchtlinge und MigrantInnen auf eine bayerische Leitkultur ein und verpflichtet sie „zur Loyalität gegenüber Volk und Verfassung, Staat und Gesetzen".

Das Bündnis gegen das bayerische Ausgrenzungsgesetz, ein breites Bündnis aus zivilgesellschaftlichen Gruppen, Gewerkschaften, RechtsanwältInnen und Flüchtlings- und MigrantInnenorganisationen, ruft auf zur Demonstration am 19.06. für ein solidarisches Miteinander gegen das geplante Ausgrenzungsgesetz der bayerischen Staatsregierung!

Quelle: http://www.fluechtlingsrat-bayern.de 15.06.2016 ■

Immer mehr Asylbewerber ziehen vor Gericht

Immer mehr Flüchtende ziehen vor Gericht weil sie nicht länger auf eine Entscheidung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge warten wollen. Ende März waren weit über 3000 Klagen bei Verwaltungsgerichten anhängig.

Die Zahl der Untätigkeitsklagen von Asylbewerbern gegen das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge ist im ersten Quartal 2016 um über 40 Prozent gestiegen. Das geht laut der Thüringer Allgemeinen aus einer Antwort des Bundesinnenministeriums auf eine Anfrage der Linken-Bundestagsfraktion hervor. Danach waren Ende März 3271 Untätigkeitsklagen gegen das Bundesamt bei Verwaltungsgerichten anhängig. Zum Jahresende 2015 waren es mit 2299 noch etwa 1000 Klagen weniger.

Untätigkeitsklagen können gegen eine Verwaltung erhoben werden, wenn auf einen Antrag hin innerhalb einer angemessen Frist keine Entscheidung getroffen wurde. Etwa ein Drittel aller Untätigkeitsklagen sind in Nordrhein-Westfalen (1066) anhängig, ein weiteres knappes Viertel (849) in Bayern.

Die migrationspolitische Sprecherin der Linken, Sevim Dagdelen, beklagte eine „Untätigkeit des Staates" angesichts der steigenden Zahl offener Asylverfahren. Darum sei es „absolut nachvollziehbar, dass sich die Flüchtlinge mit einer zunehmenden Zahl von Untätigkeitsklagen gegen das Staatsversagen zur Wehr setzen", sagte sie der Zeitung. Die Flüchtlinge bräuchten schließlich Gewissheit, was aus ihnen werde.

Quelle: www.migazin.de 13.06.2016 ■

Britischer Hilfskonvoi für Migranten in Calais gestoppt

Am Samstag, den 18. Juni 2016 wurde ein Hilfskonvoi für die rund 4000 bis 5000 Migrantinnen und Migranten, die in der Nähe von Calais am Ufer des Ärmelkanals in einer Slumsiedlung leben, durch die französische Staatsmacht gestoppt. Er wurde noch auf britischem Territorium, in der Hafenstadt Dover (französisch Douvres), aufgehalten. Einem 38-Tonnen-LKW gelang zwar die Durchfahrt, doch die ihn begleitenden rund 250 PKWs wurden am französischen Grenzkontrollpunkt gestoppt.

Umgekehrt sitzen die in Calais festsitzenden Migrantinnen und Migranten aufgrund französischer Vorschriften, aber auch aufgrund vorgelagerter britischer Kontrollen (mitsamt Entsendung britischer Polizei auf die Südseite des Ärmelkanals), dort fest. Die französisch-britische Vereinbarung von Le Touquet, welche im Jahr 2003 zwischen den damaligen Innenministern Nicolas Sarkozy und Jack Straw getroffen wurde, erlaubt beiden Staaten solche ausgelagerten Grenzkontrollen. Französische Politiker, unter ihnen Wirtschaftsminister Emmanuel Macron und der voraussichtliche konservative Präsidentschaftskandidat Alain Juppé, drohen der britischen Seite allerdings mit der Aussetzung dieses bilateralen Grenzregimes im Falle eines britischen EU-Austritts, über den an diesem Donnerstag (23. Juni) abgestimmt wird.

Vergangene Woche hatte die französische Staatsmacht den Hilfskonvoi für den Jungle – die slumähnliche Stadt – in der Nähe von Calais verboten, unter Berufung auf „die Mobilisierung starker Polizeikräfte für die Terrorbekämpfung und die Fußball-Europameisterschaft". (Vgl. http://www.lemonde.fr/immigration-et-diversite/article/2016/06/18/un-convoi-britannique-d-aide-aux-migrants-refoule-par-la-france-a-douvres_4953448_1654200.html) Auf britischer Seite, vor allem, findet eine breite Kampagne für die Migrantinnen und Migranten in Calais statt. Im Internet werden nun Protestunterschriften gegen die Blockade des Konvois gesammelt. (Vgl. https://www.powerfoule.org/campaigns/réfugiés/calais/laissez-passer-laide-humanitaire-pour-les-réfugiés-de-calais)

In Frankreich wird unterdessen, im Zusammenhang mit der EU, die Parole ausgegeben und an Wände gesprüht: Tourists, go home – Refugees, welcome!

BS, Paris ■

BAMF verweigert fernab jeder Realität den Flüchtlingsschutz

BAMF ändert Entscheidungspraxis bei syrischen Flüchtlingen – mehr Menschen von Aussetzung des Familiennachzugs betroffen

Die neuen Asylzahlen des BAMF bestätigen die großen Befürchtungen, die PRO ASYL bereits in der Öffentlichkeit kommuniziert hat: Gegenüber den Vormonaten gibt es eine deutliche Zunahme von Bescheiden über den subsidiären Schutz, insbesondere bei syrischen Flüchtlingen. Gegenüber einem Wert von 9,3 % im April 2016, ist der Anteil der subsidiär Schutzberechtigten im Mai 2016 auf 15,3 Prozent (5.595 Personen) angestiegen. Zum Vergleich: Im gesamten Jahr 2015 erhielten gerade einmal 0,7 Prozent (1.707 Personen) der Gesamtantragssteller/innen den subsidiären Schutz.

Die bittere Konsequenz für die Betroffenen: Sie sind für zwei Jahre vom Familiennachzug ausgeschlossen. Die Behauptung der Großen Koalition ist hinfällig, die Aussetzung des Familiennachzugs würde nur wenige Personen betreffen. Vielmehr ist davon auszugehen, dass sich der Anteil subsidiär Schutzberechtigter in den nächsten Monaten noch weiter erhöhen wird. Auf Anordnung des Bundesinnenministeriums hat das BAMF seine Entscheidungspraxis zu syrischen Flüchtlingen geändert, um den Familiennachzug zu verhindern. Dabei funktioniert der Familiennachzug auch für Berechtigte in der Praxis überhaupt nicht:

PRO ASYL hat bereits am 07.04.2016 auf die systematische Verhinderung des Familiennachzugs durch deutsche Behörden hingewiesen. Im Zeitraum Anfang 2014 bis Oktober 2015 wurden nur 18.400 Visa für syrische Staatsangehörige zum Familiennachzug zu Schutzberechtigten erteilt – bei 127 000 Anerkennungen. Nach Ansicht von PRO ASYL ist die geänderte Entscheidungspraxis des BAMFs mit der dramatischen Situation in Syrien nicht in Einklang zu bringen. Die Entscheidungspraxis der Obergerichte sieht ganz überwiegend individuelle Verfolgungsgründe als gegeben an.

Durch die Aufnahme der syrischen Flüchtlinge gilt die Bundesrepublik in Syrien mittlerweile als Hort oppositioneller Kräfte. Auch der syrische Geheimdienst ist in Deutschland aktiv und durchleuchtet die hiesigen Exilaktivitäten. Die Machtstellung von Assad ist zudem seit der Intervention Russlands im Syrienkonflikt deutlich gestärkt worden. Von einer Unfähigkeit des Regimes, seine Bespitzelung der Opposition fortzuführen, wie es das BAMF offenbar unterstellt, wird man nicht ausgehen können. Syrische Flüchtlinge müssen also bei ihrer Rückkehr nach Syrien mit individueller Verfolgung rechnen, weswegen ihnen der Flüchtlingsstatus nach der Genfer Flüchtlingskonvention (GFK) zuerkannt werden muss.

Das BAMF behauptet demgegenüber die geänderte Passausstellungspraxis der syrischen Behörden hätte die damalige Grundlage der Rechtsprechung geändert. Doch wie PRO ASYL in einem rechtspolitischen Papier vom 19.5.2016 dargelegt hat, treffen diese Gründe nicht zu. Das BAMF kann nicht automatisch davon ausgehen, dass eine geänderte Passausstellungspraxis zu einer anderen Behandlung von syrischen Rückehrer*innen führt. Das syrische Regime verfolgt mit seiner geänderten Praxis auch ökonomische Interessen: An der Ausstellung von ca. 800 000 Pässen verdient es ca. 470 Mio. Euro. Auch UNHCR kommt im November 2015, also zu einem Zeitpunkt, an dem sich bereits die Passerteilungspraxis verändert hat, weiter zu dem Schluss, syrischen Flüchtlingen den Status nach der GFK zuzuerkennen.

Insbesondere die Vielzahl von potenziellen Verfolgungsakteuren in Syrien (Assad-Regime, der sog. Islamische Staat, die Freie Syrische Armee etc.) spricht für eine begründete Furcht von syrischen Flüchtlingen bei ihrer Rückkehr. PRO ASYL empfiehlt allen syrischen Flüchtlingen eine Verfahrensberatung aufzusuchen und sich umfassend auf Anhörungen beim BAMF vorzubereiten. Sollte das BAMF ihre Anträge nur mit dem subsidiären Schutz bescheiden, sollte der Klageweg beschritten werden.

Quelle: Presseerklärung pro asyl 08.06.2016 ■

Wer hier meckert wird erschossen!

Dieser Satz steht auf einem Plakat, das in einem Büroraum der Zentralen Ausländerbehörde Bielefeld hängt – deutlich sichtbar für alle Flüchtlinge, die sich hier registrieren müssen. Stadtverwaltung verspricht: Aushang wird entfernt.

In Bielefeld sorgt ein Aushang in der Zentralen Ausländerbehörde für Empörung. Die Zeitung „Neue Westfälische“ veröffentlichte am Samstag ein Foto des Plakates mit dem Text: „Wer hier meckert wird erschossen!“ (sic). Das Plakat sei durch eine Glasscheibe für Besucher sichtbar, hieß es.

Die Leiterin der Flüchtlingshilfe Lippe in Detmold, Lina Droste, der das Foto zunächst zugeschickt worden war, teilte am Wochenende mit: „Diese Drohung hängt in einer deutschen Behörde. Der Text ist menschenverachtend und spiegelt die aktuelle rassistische Realität in Deutschland wider.“ Wie Pfarrer Dieter Bökemeier vom Vorstand der Flüchtlingshilfe dem epd bestätigte, hat sich die Organisation selbst davon überzeugt, dass das Plakat in der Behörde hängt.

Die Zentrale Ausländerbehörde Bielefeld ist eine der ersten Anlaufstellen für Asylbewerber. Um registriert zu werden, müssen sich alle Geflüchteten an der Pforte der Behörde vorstellen. Von dort aus soll das Schild sichtbar sein. Der Büroraum ist den Angaben zufolge nur für Mitarbeiter der Behörde zugänglich. Folglich könne das Schild auch nur von Bediensteten und nicht von Außenstehenden aufgehängt worden sein, hieß es.

Die Stadt Bielefeld sicherte zu, das Plakat am Montagmorgen vor Öffnung der Behörde zu beseitigen. Die Pressesprecherin der Stadt, Gisela Bockermann, sagte der „Neuen Westfälischen“: „Ich bin schockiert, dass in einer Bielefelder Behörde ein Plakat mit diesem Text sichtbar für jeden Flüchtling hängt. Dieser Zustand ist untragbar, kann nicht geduldet werden und muss unverzüglich abgestellt werden.“ Es werde versucht, den Urheber dieses Textes zu finden. Ihm drohten erhebliche Konsequenzen.

Quelle: www.migazin.de 13.06.2016 ■

Transitflüchtlingen aus Griechenland aufnehmen

Landesflüchtlingsräte und PRO ASYL fordern Aufnahme von Transitflüchtlingen aus Griechenland

Die Flüchtlingsräte der Bundesländer fordern gemeinsam mit PRO ASYL und zahlreichen Flüchtlingsinitiativen die Aufnahme von Schutzsuchenden aus Griechenland in Deutschland.

Das Flüchtlingscamp in Idomeni ist geräumt. Tausende Geflüchtete wurden in menschenunwürdige Aufnahmelager und Gefängnisse in Griechenland verteilt und damit aus dem Fokus der Öffentlichkeit entfernt. Ihnen droht die Abschiebung in die Türkei.

Unter den Schutzsuchenden in Griechenland sind zahlreiche Familien mit Kindern, Alte, Menschen mit Behinderung und unbegleitete Minderjährige. Viele haben Angehörige in Deutschland und anderen europäischen Ländern. In Griechenland können sie aufgrund des nicht funktionierenden Aufnahmesystems noch nicht einmal Asylanträge stellen. Familienangehörige in Deutschland warten verzweifelt darauf, dass ihre in Griechenland festsitzenden Verwandten und Bekannten nachkommen können.

Die Landesflüchtlingsräte und PRO ASYL stellen fest: In Europa und Deutschland fehlt der politische Wille, dem Sterben an Europas Grenzen und dem Elend in Griechenland ein Ende zu setzen. Bereits im September 2015 hatten die EU-Staaten gemeinsam beschlossen insgesamt 160 000 schutzbedürftige Personen aus Griechenland und Italien in anderen Mitgliedstaaten aufzunehmen. Deutschland hatte sich verpflichtet rund 27 500 Personen aus den beiden Staaten zu übernehmen (sog. Relocation-Pro-

Fortsetzung Seite 13

Mehr als 40 000 bei Menschenketten gegen Rassismus



40 Organisationen von Amnesty International bis zum Zentralrat der Muslime riefen zur Teilnahme in Bochum, Berlin, Hamburg, Leipzig und München auf

Hand in Hand standen am 18. und 19. Juni mehr als 40 000 Menschen in fünf deutschen Großstädten und zahlreichen weiteren Orten. In Bochum, Berlin, Hamburg, Leipzig und München verbanden Demonstranten mit kilometerlangen Menschenketten kirchliche und soziale Einrichtungen, Flüchtlingsunterkünfte, Kulturstätten und Rathäuser. Die Veranstalter, darunter die NaturFreunde Deutschlands, werten dies als starkes Signal gegen Rassismus und für ein weltoffenes und vielfältiges Deutschland.

In Berlin bildeten am Sonntag 9000 Menschen eine bunte, 6,5 Kilometer lange Menschenkette von Kreuzberg bis zum Roten Rathaus. Zahlreiche Prominente reihten sich ein, darunter Landesbischof Markus Dröge und Barbara John, die Vorstandsvorsitzende des Paritätischen Berlin. Der DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann sprach auf dem Oranienplatz: „Die große Mehrheit in Deutschland steht für Weltoffenheit und Menschlichkeit, nicht für dumpfen Rassismus. Wir haben es heute bewiesen, und werden es immer wieder beweisen – mit unserer täglichen Unterstützung für die Geflüchteten, ob Zuhause oder im Betrieb."

„Wir sagen Nein zu Hass und Ausgrenzung!"

Uwe Hiksch, Mitglied des Bundesvorstands der NaturFreunde Deutschlands und Anmelder der Menschenkette in Berlin, begründet das Engagement der vielen Menschen: „Gemeinsam mit Zehntausenden sind wir NaturFreunde auf die Straße gegangen, um gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Ausgrenzung zu demonstrieren. Wir nehmen nicht hin, dass Angriffe auf Menschen mit Migrationshintergrund zunehmen und andere Menschen wegen ihrer religiösen Überzeugung ausgegrenzt werden. Wir sagen Nein zu Hass und Ausgrenzung!"

Das Bündnis kritisiert, dass sich in Deutschland zwar Hunderttausende Menschen für die Aufnahme von Geflüchteten engagierten, diese gleichzeitig aber immer häufiger auf offener Straße beschimpft und angegriffen würden. Der zunehmende Rassismus in der Gesellschaft richtet sich zudem immer häufiger auch gegen Helfer, Menschen anderer Hautfarbe und Religionen, Lesben, Schwule und Transgender sowie Politiker, die sich für eine demokratischen und friedliche Gesellschaft und den Schutz von Minderheiten engagieren. Der gesellschaftliche Zusammenhalt und die demokratischen Grundwerte würden auf die Probe gestellt, Europa schotte sich immer weiter ab.

In einem großen Kreis durch die Innenstadt verknüpfte die Menschenkette in München mit 6000 Teilnehmern trotz strömenden Regens die israelische Kultusgemeinde, das Forum für Islam, zwei Kirchen, das Flüchtlingszentrum Bellevue di Monaco und das schwule Kommunikationszentrum Sub.

Die geistigen Brandstifter verantwortlich machen

In Leipzig verband eine drei Kilometer lange Menschenkette lokale Moscheen, das Gewandhaus, Oper, Universität, Nikolaikirche, und das Synagogenmahnmal. Auch zahlreiche Motorradfahrer nahmen mit einem Motorradkorso auf Einladung des MC Kuhle Wampe teil. Tilmann Schwenke, Mitglied des Bundesvorstands der NaturFreunde Deutschlands und Redner in Leipzig, verurteilte die durch Rassisten zunehmende Gewalt in der Gesellschaft: „Häuser zündet man nicht an, weder mit Feuer noch mit Worten. Die geistigen Brandstifter sind auch dafür verantwortlich, dass Flüchtlingsheime angezündet und Politiker niedergestochen werden. Wir NaturFreunde rufen alle Menschen dazu auf, sich nicht nur während der Menschenketten dem Hass und dem Rassismus entgegen zu stellen. Unsere Werte sind Mitmenschlichkeit und Internationalismus."

Aiman Mazyek, Vorsitzender des Zentralrates der Muslime in Deutschland, sprach am frühen Abend in Hamburg vor 7000 Teilnehmern einer Menschenkette, die die Hauptkirche St. Petri mit der Al Nour Moschee und der jüdischen Gemeinde verband: „Im Grunde unseres Herzens sehnen wir Menschen uns nach Aussöhnung, Verständnis und Toleranz, und es widerstrebt uns, Hass, Rassismus und Gewalt auszuüben. Laßt uns in jeder Stadt, Juden, Christen, Muslime und Humanisten für den Wert eintreten, der unser Menschsein im tiefsten Inneren ausmacht: Frieden."

„Es ist höchste Zeit, sich aktiv gegen Rassismus und Nationalismus zu wenden"

Jannis Pfendtner, Mitglied der Bundesleitung der Naturfreundejugend Deutschlands und ebenfalls Redner in Hamburg, warb für den Kampf gegen Rassismus an unterschiedlichen Orten: „Es ist höchste Zeit, sich aktiv gegen Rassismus und Nationalismus zu wenden – in der Familie, der Arbeit, dem Stadtteil und gemeinsam auf der Straße."

Bereits am Samstag hatte sich der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske vor 8500 Menschen in Bochum dafür ausgesprochen, gemeinsam mit den Arbeitgebern die Voraussetzungen für ein Integrationsjahr für Flüchtlinge zu schaffen, wie es auch die IG Metall fordert. „Für den sozialen Frieden ist es elementar wichtig, dass diejenigen, die im Niedriglohnbereich arbeiten, nicht das Gefühl bekommen, dass Flüchtlinge ihre Arbeitsbedingungen weiter verschlechtern", so Bsirske.

Neben den fünf Großstädten demonstrierten auch in sechzehn weiteren Städten – darunter Bonn, Karlsruhe, Münster und Osnabrück mehrere Tausend Menschen gegen Rassismus, für Menschenrechte und Vielfalt. In Offenbach zum Beispiel organisierte die dortige Ortsgruppe eine Menschenkette mit 400 Teilnehmern.

Die Unantastbarkeit der Menschenwürde

Das Bündnis „Hand in Hand gegen Rassismus" steht für die Unantastbarkeit der Menschenwürde und die Wahrung der Menschenrechte unabhängig von Glaube, Herkunft, Hautfarbe und sexueller Identität. Es fordert unter anderem, dass die Genfer Flüchtlingskonvention nicht in Frage gestellt oder durch nationale Asylrechtsverschärfungen untergraben werden dürfe. Zwar müssten in erster Linie die Fluchtursachen bekämpft werden, heißt es im Aufruf des Bündnisses, doch

gramm). Bis Mitte März 2016 hat Deutschland davon jedoch erst 57 aufgenommen.

Selbstorganisierte Geflüchtete, Initiativen von UnterstützerInnen aus dem Wendland, aus Essen, Osnabrück, Wuppertal, Mannheim, Neustadt an der Weinstraße und anderen deutschen Städten sehen schon seit längerer Zeit diesem Zustand nicht mehr tatenlos zu. Sie rufen zur Aufnahme von Geflüchteten aus Griechenland auf und fordern Kommunen, Landes- und Bundesregierungen auf, sich bereit zu erklären, diesen einen sichereren Aufenthaltsort zu ermöglichen.

Die Landesflüchtlingsräte und PRO ASYL unterstützen diese Forderung. Bernd Drüke vom AK Asyl Rheinland-Pfalz erklärt dazu: „Die Situation in Griechenland ist zum Symbol für Europas humanitäres Versagen in der Flüchtlingspolitik geworden. Wir fordern legalen Zugang für Schutzsuchende. Die Bundesregierung muss sich außerdem auf EU-Ebene dafür einzusetzen, den EU-Türkei-Deal umgehend außer Kraft zu setzen.“

Quelle: http://www.fluechtlingsrat-bayern.de 10.06.2016 ■

„Musterländle“ der Abschiebung

Der Flüchtlingsrat Baden-Württemberg verurteilt die neuen Ausmaße unmenschlicher Abschiebepraxis in Baden-Württemberg. Geflüchtete werden nun direkt aus der Schule oder von Terminen bei der Ausländerbehörde in die Haftanstalt in Pforzheim gebracht und von dort abgeschoben.

Seit wenigen Wochen mehren sich die Fälle einer wieder neu auflebenden Abschiebepraxis in Baden-Württemberg: Geflüchtete, die durch andere EU-Staaten eingereist sind, werden vermehrt außerhalb ihrer Unterkunft von der Polizei aufgegriffen und in die, im April diesen Jahres eröffnete Abschiebehaftanstalt in Pforzheim gebracht. So wurden mehrere Geflüchtete in Stuttgart und Esslingen auf der Ausländerbehörde festgenommen, ein geflüchteter junger Mann wurde in Reutlingen sogar aus der Schule abgeschoben. Das Vorgehen der Ausländerbehörden, die Polizei zu Terminen mit Geflüchteten einzubestellen, ist damit kein Einzelfall mehr.

Von einer psychisch belastenden Situation, jede Nacht eine potentielle Abschiebung durch die Polizei zu befürchten, wird nun die Angst auf den gesamten Alltag ausgeweitet.

Die rechten Hardliner der Koalition scheinen sich nun durchgesetzt zu haben. War im Koalitionspapier noch vom Aufbau einer „interkulturellen Verwaltung“ die Rede, werden nun MitarbeiterInnen der kommunalen Verwaltung anscheinend dazu gebracht, Abschiebungen aktiv zu unterstützen. Während im Koalitionsvertrag die Wichtigkeit von Bildung und Sprache bei Integration herausgehoben wird, werden nun sogar Schulen indirekt zu Mittätern bei Abschiebung gemacht. Da die Anweisungen für dieses Vorgehen direkt vom Regierungspräsidium Karlsruhe kamen, befürchtet der Flüchtlingsrat, dass sich die grün-schwarze Landesregierung zum „Musterländle“ in Sachen unerbittlicher Abschiebepolitik aufschwingen will.

Der Flüchtlingsrat appelliert an die Landesregierung, die ungewohnte Härte in der neuen Abschiebepraxis zu überdenken.

Quelle: Pressemitteilung http://fluechtlingsrat-bw.de 10.06.2016 ■

Bericht zum EU-Türkei Deal

Bis Ende April wurden 375 Personen im Rahmen des EU-Türkei-Deals von Griechenland in Türkei zurückgeschoben. Offizielle beider Seiten haben wiederholt beteuert, dass die Fälle von Schutzsuchenden in Griechenland weiterhin individuell geprüft werden würden, und dass sie in der Türkei nach ihrer Rückführung Zugang zu Asylverfahren hätten. Dennoch wurden bereits am 4. April 13 Schutzsuchende aus Afghanistan und dem Kongo abgeschoben, ohne dass sie ihre Asylgesuche in Griechenland hätten vorbringen können.

PRO ASYL unterstützt besonders schutzbedürftige Flüchtlinge in Griechenland und in der Türkei mit Rechtshilfe und kooperiert mit kompetenten Anwältinnen und Organisationen aus Griechenland und der Türkei im Rahmen des Projekts Refugee Support Program in the Aegean (RSPA). Die Beobachtungen von Mülteci-DER zeigen besorgniserregende Zustände:

Eingeschränkter Zugang zu vorübergehendem Schutz für syrische Flüchtlinge

Angesichts der großen Zahl syrischer Schutzsuchender in der Türkei und der Einführung neuer Verfahren bei den zuständigen Behörden, hat sich die Wartezeit bis zur Registrierung für syrische Flüchtlinge deutlich erhöht. Im Moment kann es mehrere Monate dauern, bevor syrische Schutzsuchende registriert werden.

Zeitgleich wurden einige Registrierungszentren – zum Beispiel in Izmir – geschlossen, was den Flaschenhals weiter verengt hat. Mülteci-DER wurde von einigen Personen darüber informiert, dass sie mehrfach versucht hätten, sich bei den Behörden für vorübergehenden Schutz zu registrieren, und dabei immer wieder abgewiesen worden wären. Nun hätten sie den Versuch aufgegeben unabhängig von den Risiken, die damit verbunden sind, nicht registriert zu sein.

Syrer, die von den griechischen Inseln in die Türkei zurückgeschoben werden, haben keinen garantierten (Wieder-) Zugang zu vorübergehendem Schutz und „es gibt keine Klarstellung dazu, was mit den Personen passiert, die nach ihrer Rückführung aus Griechenland keinen vorübergehenden Schutz erhalten“ (S. 6).

Kein effektiver Zugang zum Verfahren für nicht-syrische Inhaftierte

Alle Nicht-Syrer, die seit dem 4. April aus Griechenland in die Türkei abgeschoben worden sind, wurden in einem Abschiebelager in Kirklareli inhaftiert.

---

dürfe man nicht die Augen vor der Not der Menschen verschließen, die vor Verfolgung, Terror, Krieg und Armut flöhen. Nur gemeinsam und miteinander ließen sich die globalen Herausforderungen meistern.

Das Bündnis ruft zudem dazu auf:

- für eine offene Gesellschaft einzustehen und nicht vor Hass und Vorurteilen zurückzuweichen;
- Rassismus und Hassreden friedlich aber entschieden entgegen zu treten;
- Flüchtlinge und alle zu schützen, die von rassistischer Hetze und Angriffen bedroht werden;
- wirksame Schutzkonzepte für Frauen, Kinder, Schwule, Lesben und Transsexuelle zu entwickeln und umzusetzen;
- Fluchtursachen zu bekämpfen;
- Waffenexporte in Krisengebiete zu stoppen;
- Haupt- und ehrenamtliche Helfer_innen in ihrer wertvollen Arbeit besser zu unterstützen;
- für Teilhabe und Integration zu sorgen: alle Menschen haben das Recht auf ein menschenwürdiges Leben, auf bezahlbaren Wohnraum und auf Zugang zu Bildung und Arbeit.

Zum Trägerkreis des Bündnisses gehören:
Amnesty International Deutschland, Brot für die Welt, Campact, Der Paritätische, Deutscher Gewerkschaftsbund, Diakonie Deutschland, Lesben- und Schwulenverband Deutschlands, Misereor, NaturFreunde Deutschlands, Oxfam, Pro Asyl, Union progressiver Juden in Deutschland, Venro, Zentralrat der Muslime in Deutschland.

Unterstützende Organisationen:
AWO Arbeiterwohlfahrt, Attac, Bundesverband Deutsche Tafel, Dachverband der Migrantinnenorganisationen, Deutscher Frauenrat, Deutscher Kulturrat, Deutsches Kinderhilfswerk, Flüchtlingsrat Mecklenburg-Vorpommern, Humanistische Union, Interkultureller Rat in Deutschland, IPPNW Hamburg, Islamrat für die Bundesrepublik Deutschland, Jesuiten-Flüchtlingsdienst Deutschland, Liberal-Islamische Bund, medica mondiale, München ist bunt, Stiftung für die internationalen Wochen gegen Rassismus, terre des hommes Deutschland.

Das Bündnis wurde initiiert von:
Amnesty International Deutschland, Campact, NaturFreunde Deutschlands, Pro Asyl.

Quelle: NaturFreunde Offenbach, 19.06.2016 ■

Es ist für sie praktisch unmöglich Zugang zu einem Asylverfahren zu erhalten (S. 8 ff.):

„Trotz (…) Sicherheitsklauseln im Gesetz ist es aus folgenden Gründen in der Praxis sehr schwer für Personen, die sich in Haft befinden, Zugang zu ihren Rechten, inklusive dem Recht auf Zugang zum Asyl, zu bekommen:

1) Asylanträge müssen persönlich vorgetragen werden. Das bedeutet, dass selbst wenn eine Person, die internationalen Schutzes bedarf, einen Anwalt hat, der Antrag auf Asyl nicht von diesem Anwalt vorgebracht werden kann.

2) Asylanträge müssen schriftlich vorgebracht werden, aber der Zugang zu Schreibmaterialien ist meist unmöglich. Mülteci-DER hört immer wieder von Fällen, in denen die Bitten eines Inhaftierten um Schreibwaren von den Beamten in den Abschiebelagern abgelehnt werden und die betroffene Person ausgewiesen wird, weil es ihr nicht möglich war, einen schriftlichen Antrag auf Asyl zu stellen.

3) Den Inhaftierten werden ihre Rechte nicht hinreichend klar gemacht, und daher wissen viele nicht, dass sie aus der Haft heraus einen Asylantrag stellen könnten oder dass sie kostenlose Rechtshilfe ansuchen könnten, welche für Berufungen gegen Haft, Zurückweisungen oder Abschiebungen nötig ist.

4) In manchen Fällen wurden Inhaftierten absichtlich falsche Information gegeben, als ihnen erklärt wurde, sie würden monatelang inhaftiert werden, wenn sie um Asyl ansuchen. In vielen Fällen hielt dies die Inhaftierten davon ab, Anträge auf Asyl zu stellen.

5) Der Zugang zu kostenloser Rechtshilfe ist nicht automatisch und Häftlinge werden nicht ausreichend darüber informiert. Nur die wenigsten Inhaftierten sind sich ihres Rechts auf kostenlose Rechtshilfe bewusst und wissen, wie sie davon Gebrauch machen können.“

Mülteci-DER hat weitere schwere Rechtsverletzungen gegen inhaftierte Schutzsuchende dokumentiert, die in den Beobachtungen detailliert beschrieben werden.

Angst vor „freiwilliger“ Rückkehr und Abschiebungen

Von Anfang an haben Vertreter der türkischen Regierung erklärt, dass nicht-syrische Zurückgeschobene in ihre Herkunftsländer abgeschoben werden sollten. Angesichts der Unmöglichkeit, Zugang zu einem fairen Asylverfahren zu erhalten, setzt dies Schutzsuchende der ernsthaften Gefahr aus, abgeschoben zu werden ohne jemals ihre Fluchtgründe vorgebracht haben zu können. Es ist dokumentiert, dass die Türkei bereits Abschiebungen nach Iran, Irak und Afghanistan durchgeführt hat.

Aber auch syrische Flüchtlinge müssen Abschiebungen fürchten. Wie Mülteci-DER ab Seite 2 ausführt, gab es besorgniserregende Fälle sogenannter „freiwilliger“ Rückkehr nach Syrien. Dabei wurden syrische Flüchtlinge willkürlich inhaftiert und vor die Wahl gestellt, entweder auf unbestimmte Zeit in Haft zu bleiben oder nach Syrien zurückzukehren.

Quelle: https://www.proasyl.de 17.05.2016 ■

WatchTheMed Alarm Phone dokumentiert Türkei-Deal

„So menschenrechtswidrig ist der Türkei-Deal: Das war eine brutale und illegale Rückschiebung der griechischen Küstenwache, und Frontex hat dabei zugesehen.“, so fasst das WatchTheMed Alarm Phone zusammen, was sich am frühen Morgen des 11. Juni vor der griechischen Insel Chios abgespielt hat.

Das Hotline-Projekt für Bootsflüchtlinge hat die Ereignisse im direkten Kontakt mit den Betroffenen rekonstruiert. GPS-Daten belegen die Fahrt und Position des Bootes auf der griechischen Seite der Seegrenze. Und Fotos, heimlich mit Handys aufgenommen, dokumentieren diesen Akt der rechtswidrigen Rückschiebung.

53 Flüchtlinge, darunter 14 Kinder, waren in einem Schlauchboot vom türkischen Cesme in Richtung Chios gestartet. In griechischem Hoheitsgewässer stoppte sie ein Schiff der griechischen Küstenwache. Zunächst wurde ihnen vorgespielt, dass sie in Sicherheit wären und einen Asylantrag stellen könnten. Doch dann wurden die Schutzsuchenden – darunter Flüchtlinge aus Syrien, Irak und Eritrea – mit vorgehaltener Waffe zum Umsteigen auf ein Boot der türkischen Küstenwache gezwungen und an die türkische Küste zurückgebracht.

„Das lief alles unter den Augen zweier Schiffe von Frontex ab und demonstriert einmal mehr die direkte Beteiligung der Europäischen Grenzschutzagentur an krassesten Menschenrechtsverletzungen“, stellt das WatchTheMed Alarm Phone fest und fordert die politisch Verantwortlichen auf, diese menschenverachtenden Praktiken sofort zu stoppen.

Quelle: Presseerklärung http://watchthemed.net 16.06.2016 ■



Jeder 17. Flüchtling stirbt

Bis Ende Mai dieses Jahres sind bereits mehr als 2500 Menschen auf ihrem Weg per Boot nach Europa gestorben oder gelten als vermisst. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum ist das ein Anstieg von fast 40 Prozent.

Die Flucht über das Mittelmeer nach Europa ist nach Einschätzung der Internationalen Organisation für Migration (IOM) noch gefährlicher geworden. Von Beginn des Jahres bis Ende Mai starben mehr als 2500 Menschen auf ihrem Weg per Boot nach Italien oder Griechenland oder gelten seitdem als vermisst, wie die Organisation bei der Präsentation ihre zweiten Studie „Fatal Journeys“ am Mittwoch in Berlin erklärte. Das ist ein Anstieg um 39 Prozent gegenüber dem selben Zeitraum 2015.

Allein rund 2100 Menschen starben mutmaßlich auf der Route zwischen Nordafrika und Italien. Damit überlebte einer von 17 Flüchtlingen die Flucht per Boot nicht. 2014 und 2015 war es einer von 50. Neben dem Anstieg bei der Zahl der Toten hat sich die Gesamtzahl von Flüchtlingen, die in Italien ankommen, kaum verändert: Bis Ende Mai dieses Jahres erreichten rund 47900 Flüchtlinge Italien, im Zeitraum 2015 waren es 47500.

Die Route sei noch tödlicher geworden, sagte Frank Laczko, Direktor des IOM-Datenanalysezentrums in Berlin. Über die Gründe könne er nur spekulieren: Vielleicht versuchten Schlepper noch skrupelloser ihr Geschäft. Zudem würden häufiger größere Holzboote eingesetzt – die Zahl der Menschen, die bei einem Unglück sterben, ist damit auf einen Schlag viel höher.

Über 3000 Menschen gestorben oder vermisst

In den ersten fünf Monaten des Jahres sind nach Daten der Migrationsorganisation weltweit mindestens 3105 Menschen auf der Flucht gestorben oder gelten seitdem als vermisst, 2.516 davon versuchten die Flucht nach Europa übers Mittelmeer zwischen Libyen und Lampedusa, Marokko und Spanien oder der Türkei und Griechenland.

Auf der Route nach Griechenland verzeichnet die IOM seit Inkrafttreten des EU-Türkei-Abkommens einen Rückgang der Zahl von Flüchtlingen und Toten in der Ägäis. 376 Tote und Vermisste wurden dort bis Ende Mai gezählt, davon allein 275 im Januar. Seit dem Start des Abkommens sei die Zahl ankommender Flüchtlinge um 98 Prozent gesunken, die Zahl der Toten um 82 Prozent.

Quelle: www.migazin.de 16.06.2016 ■

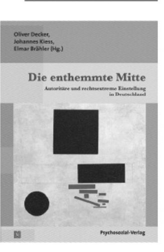
DIE ENTHEMMTE MITTE

UNIVERSITÄT LEIPZIG

Die enthemmte Mitte
Autoritäre und rechtsextreme Einstellung in Deutschland -
Die Leipziger „Mitte"-Studien 2016

PD Dr. Oliver Decker
Johannes Kiess, MA
Prof. Dr. Elmar Brähler

Kompetenzzentrum für Rechtsextremismus- und Demokratieforschung



HEINRICH BÖLL STIFTUNG



ROSA LUXEMBURG STIFTUNG

AUTORITÄRE UND RECHTSEXTREME EINSTELLUNGEN IN DEUTSCHLAND – DIE LEIPZIGER MITTE STUDIE 2016

In der Studie „Die enthemmte Mitte“ der Universität Leipzig sagten mehr als 40 Prozent der Bürger, Muslimen sollte die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden (2014: 36,6 Prozent). Außerdem sind 49,6 Prozent der Meinung, Sinti und Roma sollten aus den Innenstädten verbannt werden (2014: 47,1 Prozent). Fast 60 Prozent der Bürger sind der Ansicht, die meisten Asylbewerber hätten in ihrer Heimat nicht wirklich Verfolgung zu befürchten. Und knapp 81 Prozent finden: „Bei der Prüfung von Asylanträgen sollte der Staat nicht großzügig sein.“ Jeder Zehnte in Deutschland glaubt, dass wir einen starken Führer brauchen. Ebenso groß ist der Anteil derer, die meinen, Juden hätten einen zu starken Einfluss. Fast 34 Prozent der Deutschen meinen, die Bundesrepublik sei „durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Ausmaß überfremdet“. Und ein gutes Viertel der Bevölkerung findet: „Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die Ausländer wieder in ihre Heimat zurückschicken.“ Auch gegen Sinti und Roma richten sich ausgeprägte Aggressionen. Sie neigten zur Kriminalität, meinen 58,5 Prozent der Deutschen. Und etwa die Hälfte der Bevölkerung ist der Ansicht, Sinti und Roma sollten aus den Innenstädten verbannt werden. Schwule und Lesben sind ebenfalls Zielscheibe solcher Abwertungen.

Menschen mit rechten Einstellungen sind laut Studie zunehmend offen dafür, zur Durchsetzung ihrer Interessen Gewalt anzuwenden. Fast 20 Prozent der Befragten erklären, sie seien bereit, sich „mit körperlicher Gewalt gegen Fremde durchzusetzen“. Mehr als 28 Prozent würden zwar nicht selbst handgreiflich werden, finden es aber „gut, wenn es Leute gibt, die auf diese Weise für Ordnung sorgen“.

Besonders verbreitet sind rechte Positionen und Ressentiments gegen Asylsuchende, Muslime sowie Sinti und Roma bei AfD-Anhängern und Nichtwählern. „Die Rechtsextremen haben in der AfD eine Heimat gefunden“, sagte Decker. Die Wissenschaftler meinen, das Potenzial für rechtspopulistische Parteien sei noch größer als es die Wahlergebnisse bislang zeigten.

Quelle: http://www.nds-fluerat.org 16.06.2016

Die gesamte Studie der Uni Leipzig kann als pdf-Datei runtergeladen werden (1,6 MB)
https://service.uni-leipzig.de/cumulus-fotogalerie/pincollection.jspx?collectionName=%7Bbb8f189f-b31c-4950-90a0-df75e3f1a1f1%7D#1466063 356098_0

Pegida ist AfD auf der Straße

Nach Auffassung von Dresdener Wissenschaftlerin ist mit Pegida der europäische Rechtspopulismus auch in Deutschland zum Ausdruck gekommen. In einer 667-Seiten-Publikation haben sie die fremdenfeindliche Bewegung analysiert.

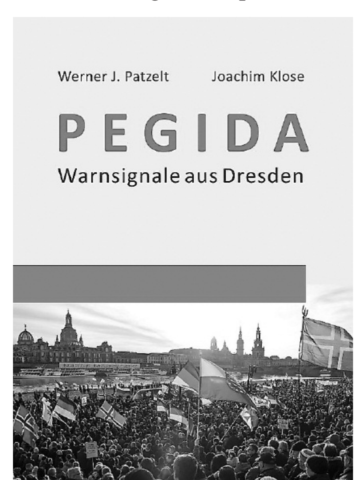
Dresdner Wissenschaftler haben eine 667-Seiten-Publikation über die fremdenfeindliche „Pegida“-Bewegung vorgelegt. Unter dem Titel „Pegida. Warnsignale aus Dresden“ beschreibe das Buch, dass „Pegida“ und die AfD ein einziger Komplex seien, sagte der Hauptautor Werner Patzelt am Dienstag bei der öffentlichen Vorstellung. „Pegida“ sei „die AfD auf der Straße“, und die AfD sei „Pegida in der Wahlkabine“, sagte der Politologe. Mit „Pegida“ sei „der europäische Rechtspopulismus auch in Deutschland zum Ausdruck gekommen“. In dem Buch würden neben bereits bekannten Befunden erstmals auch Analysen der Reden der Kundgebungen vorgelegt sowie der Internetkommunikation von Akteuren und ihrer Gegner. Damit werde „Pegida als Netzphänomen“ nachvollziehbar, sagte Patzelt. Studenten der Technischen Universität werteten dafür mehrere Facebookseiten und zahlreiche Kommentare im Netz aus.…

Politisch-praktische Ratschläge

Im Buch sind die wichtigsten Befunde sämtlicher bislang erschienener Studien zu der Bewegung integriert. Formuliert werden auch mögliche Gründe, warum „Pegida“ ausgerechnet in Dresden so erfolgreich ist. Zudem werden „politisch-praktische Ratschläge zum weiteren Umgang mit ‚Pegida'„ für Politiker und Journalisten benannt.

Der Band habe „nicht nur einen wissenschaftlich-aufklärerischen, sondern auch einen politisch-praktischen Zweck“, sagte Patzelt, Professor für politische Systeme und Systemvergleich an der Technischen Universität Dresden.

http://www.migazin.de 15.06.2016



Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Venloer Str. 440, 50825 Köln. V.i.S.d.P.: Jörg Detjen
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg, NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, H. Deilke GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse“: J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,50 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.



Das beste Hotel Europas

Die Urlaubssaison beginnt. Vielleicht suchen Sie noch ein gutes und günstiges Hotel?

Das beste Hotel Europas hat gerade in Athen seine Türen geöffnet. Das City Plaza liegt im Herzen der Stadt. Es war ein Symbol der griechischen Krise. Jahrelang war es geschlossen, weil der Betreiber keine Löhne mehr zahlte. Heute ist das City Plaza wieder geöffnet und voll belegt. Die neuen Gäste kommen von überall her. Aus Syrien, dem Irak, Pakistan, Iran oder Afghanistan. Die Menschen im Hotel kamen mit nichts und bezahlen nichts. Sie alle sind geflüchtet und viele gehören zu jenen 50000 Verzweifelten, die derzeit in Griechenland im Nirgendwo und in Elendslagern ausharren, weil das Europa der Zäune sie ausgesperrt hat.

Das Hotel wurde im April von einer Aktionsgruppe aus Athen besetzt. Gemeinsam managen jetzt die vielen solidarischen Menschen mit den Geflüchteten den Hotelbetrieb. Staatliche Unterstützung gibt es keine. Aber dafür gibt es gutes Essen, saubere Flure, eine Apotheke, einen Friseur, sowie Sprachkurse, eine Bibliothek und Rechtsberatung. Alles wird aus freiwilliger Arbeit getan und mit Spenden finanziert. Und alle Entscheidungen werden gemeinsam von und mit allen getroffen.

„Wir leben zusammen – Solidarity will win“ lautet das Motto im City Plaza. Das Hotel beweist jeden Tag aufs Neue, dass selbst inmitten von Krise und Armut ein solidarisches und herzliches Willkommen, ein menschenwürdiges Leben für alle möglich ist. Deswegen braucht der kollektive Hotelbetrieb Ihre Unterstützung: Für 1000 Mahlzeiten am Tag, Strom und Wasser, Medikamente, frische Wäsche, Schulmaterialien und vieles mehr.

Vor allem aber, um ein politisches Beispiel sein und bleiben zu können: Das Hotel City Plaza ist ein Ort der Gleichberechtigung und Solidarität, das gelebte Gegenteil zur Festung Europa und ihrer Grenzen der Schande. Es ist ein Symbol der Hoffnung. Oder ganz einfach: Das City Plaza ist das beste Hotel Europas. Buchen Sie jetzt [http://www.europas-bestes-hotel.eu] und unterstützen Sie die Kampagne von welcome2stay, Welcome to Europe und medico international!

Quelle: medico newsletter ■

Deshalb unterstützen wir mit unserer Unterschrift und Spende das Hotel und haben hier gebucht:

Etienne Balibar, Université de Paris-Ouest Harald Bauder, Ryerson University Toronto Bernd Belina, Goethe-Universität Frankfurt/Main Didier Bigo, King's College London Sonja Buckel, Universität Kassel Miriam Edding, Stiftung :do, Hamburg Ulrike Eifler, DGB Südosthessen Thomas Faist, Universität Bielefeld Ludovica Fales, University of West London Glenda Garelli, Chicago Sabine Hess, Georg-August-Universität Göttingen Tom Holert, Freie Universität Berlin Tobias Huth, DGB Südosthessen Engin Isin, The Open University Milton Keynes Christian Jakob, Autor und Journalist, Berlin Alexandra Karentzos, Technische Universität Darmstadt Wolfgang Kaschuba, Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM) Navid Kermani, Schriftsteller, Publizist und Orientalist, Köln Katja Kipping, Die Linke, Berlin Ralf Kliche, Maintal Karl Kopp, PRO ASYL/European Council on Refugees and Exiles, Frankfurt/Main Kira Kosnick, Goethe-Universität Frankfurt/Main, Athanasios Marvakis, Aristoteles Universität Thessaloniki Emilija Mitrovic, ver.di Bundesmigrationsausschuss, Hamburg Sandro Mezzadra, Universität Bologna Ruben Neugebauer, Sea Watch, Berlin Adrian Oeser, Dokumentarfilmer, Frankfurt/Main Nadja Rakowitz, Redaktion Express, Regina Römhild, Humboldt-Universität Berlin Karl Heinz Roth, Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts, Hamburg Astrid Rothe-Beinlich, Bündnis 90/Die Grünen, Erfurt Peter Spillmann, Hochschule Luzern Mark Terkessidis, Journalist, Autor und Migrationsforscher, Berlin und Köln Jan Wehrheim, Universität Duisburg-Essen Raul Zelik, Autor, Schriftsteller, Journalist, Übersetzer und Politikwissenschaftler, Berlin Aram Ziai, Universität Kassel Michael Zinganel, Architekturtheoretiker, Künstler und Kurator, Graz und Wien

Aktionsbündnis gegen Abschiebungen Rhein-Main • borderline-europe – HumanRights without borders • Bordermonitoring eu • Büro für medizinische Flüchtlingshilfe Berlin • Forschungsgesellschaft Flucht und Migration, Berlin • Grandhotel Cosmopolis Augsburg • Interventionistische Linke • Jugendliche ohne Grenzen • kein mensch ist illegal Hamburg • Kreuzberg hilft! • Labournet Germany • Landesflüchtlingsräte • Medinetz Mainz • Mensch Meier, Berlin • Monis Rache Festival • Moving Europe • Netzwerk für kritische Migrations- und Grenzregimeforschung (kritnet) • Pro Asyl • Solidarity4all Vienna • Solizentrum Lübeck • WatchTheMed Alarm Phone

Eine Initiative von welcome2stay, medico international und welcome to Europe

Die Spenden werden für das Hotel City Plaza eingesetzt. Mögliche Überschüsse werden für andere Projekte im Rahmen der Unterstützung für Geflüchtete verwendet.